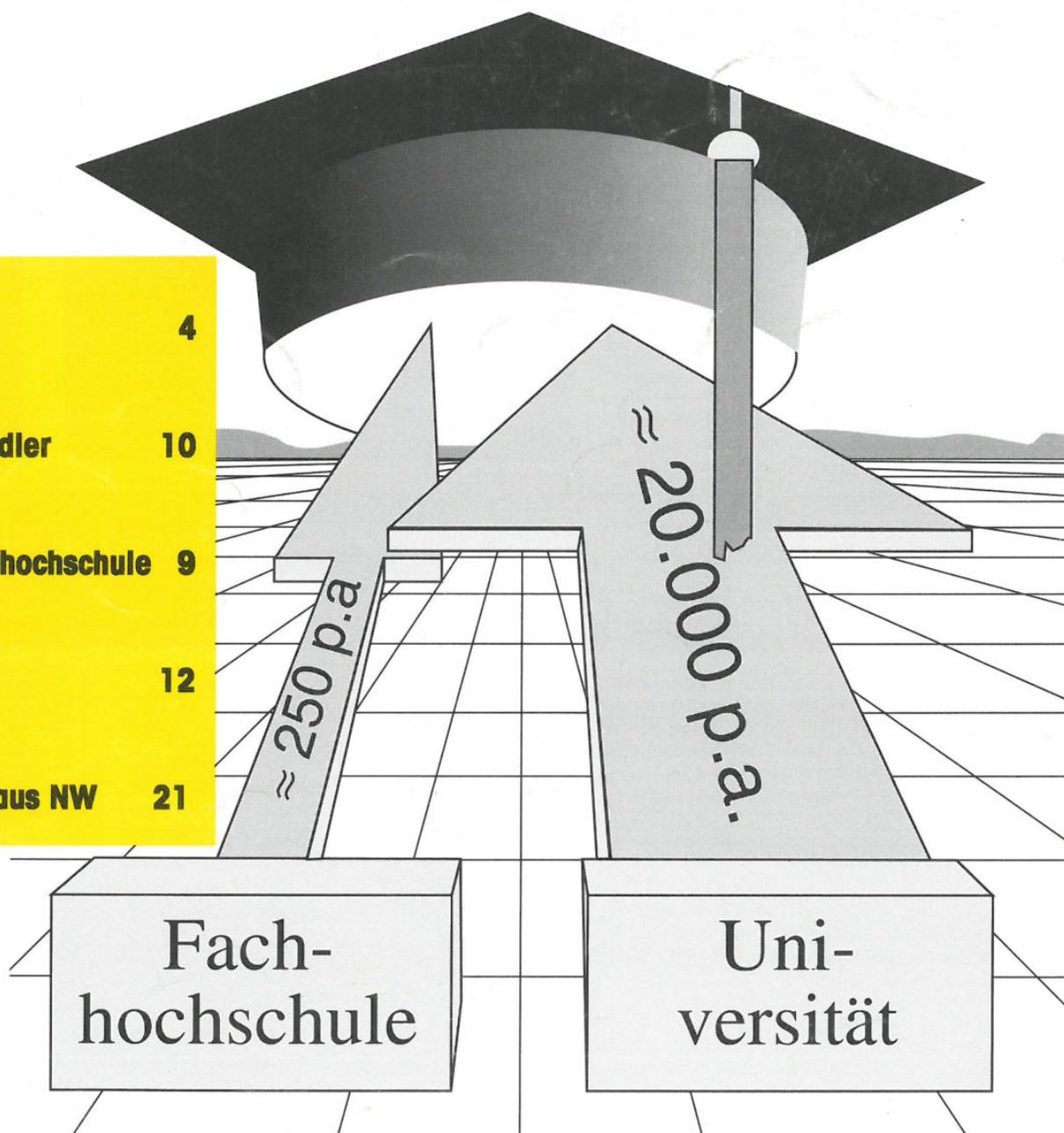


Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



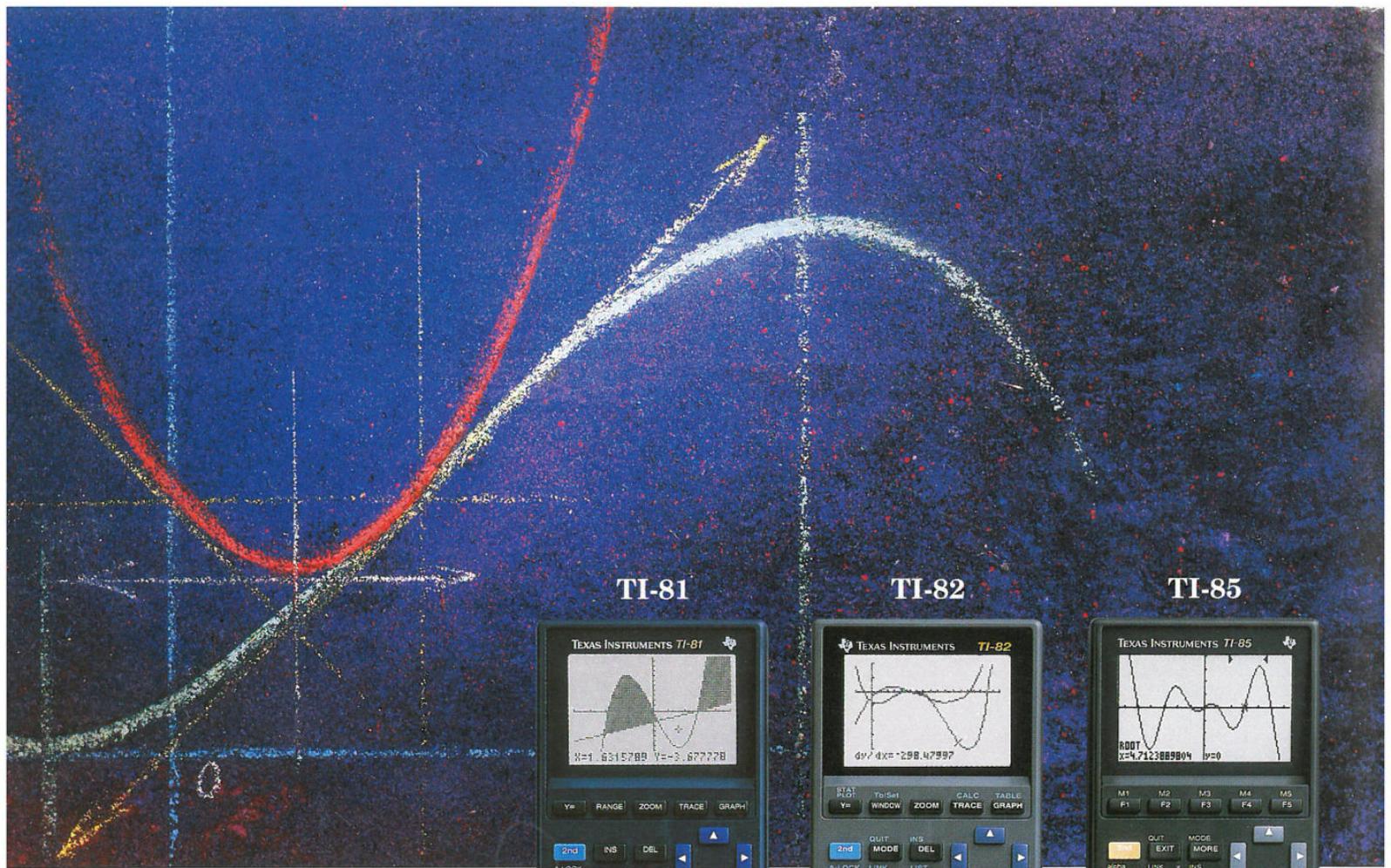
**Bosman:
Promotion** 4

**Godehart:
Danke, Günther Edler** 10

**Kuntze:
Parteien zur Fachhochschule** 9

**Edler:
Berufsakademien** 12

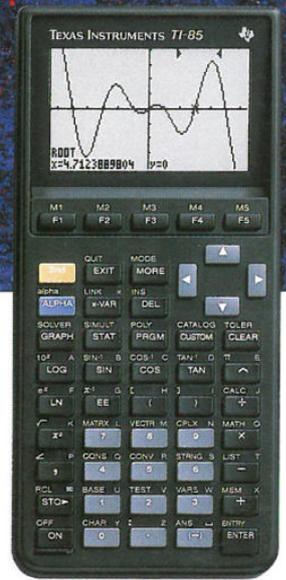
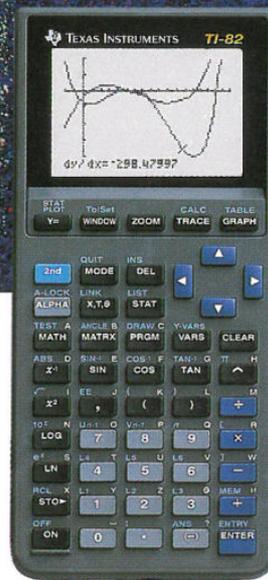
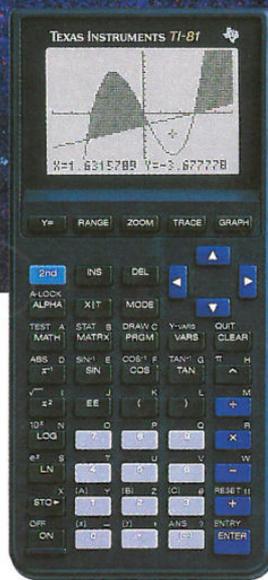
**Schneider:
Lehrerfahrungen aus NW** 21



TI-81

TI-82

TI-85



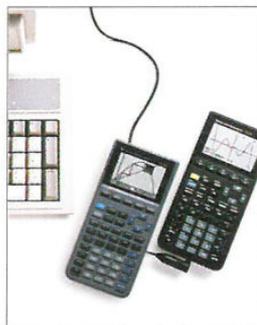
TI-Graphikrechner

Wir haben Lehrern zugehört, wenn sie uns erklärten, welche Unterrichtshilfen sie bräuchten. Und wir haben Schülern zugehört, wenn sie uns erklärten, wie wir sie beim Lernen unterstützen könnten. Ergebnis? Die Familie der TI-Graphikrechner. In ihnen steckt die ganze Vielfalt an Lehr- und Lernmitteln, die alle Stufen des Mathematikunterrichts abdeckt – von der Sekundarstufe über den Schulabschluß bis zur Universität und darüber

IHRE SCHÜLER VERDIENEN DEN BESTEN. SIE AUCH.

hinaus – mit exakt der richtigen Funktionalität. Graphikrechner zeigen nicht nur Ergebnisse an, sie „erklären“ auch die Konzepte. Das führt rascher zum Verstehen, macht Mathematik zugänglich und verfügbar, läßt mehr Zeit für entdeckendes Lernen und fördert die Entwicklung eines wirklichen Interesses am Fach.

Sehen Sie sich das Graphikrechner-Programm von Texas Instruments einmal an: den **TI-81** für die Mittelstufe, den **TI-82** für die Sekundarstufe bis zum Schulabschluß und den **TI-85** für das Studium. Dann wählen Sie den Besten. Er kann Ihnen helfen, effektiver zu unterrichten, indem er Ihren Schülern hilft, effizienter zu lernen.



PC Graph Link

Funktionen	TI-81	TI-82	TI-85
Funktions-Graphen	bis zu 4	bis zu 10	bis zu 99
Parametrische Graphen	bis zu 3	bis zu 6	bis zu 99
Polare Graphen		bis zu 6	bis zu 99
Folgen-Graphen		bis zu 2	
Differentialgleichungs-Graphik			bis zur 9. Ordnung
Trace-Funktion	X	X	X
Wurzeln/Minima/Maxima		X	X
Zoom-Funktionen	7	13	15
Funktionswerte-Tabellen		X	
Matrizen	bis zu 3	bis zu 5	unbegrenzt*
max. Matrixgröße	6 x 6	30 x 30*	50 x 50*
max. Listenlänge		99	unbegrenzt*
Regressionsmodelle	5	8	8
Balken-/Liniendiagramme		X	
Split Screen		X	
Solver f. Gleichungssysteme			X
Komplexe Zahlen			X
Speichergröße	4,6 KB	32 KB	32 KB
2 Jahre Gewährleistung	X	X	X

* Je nach Gebrauch des Rechners können diese Zahlen verschieden sein. Bis zu 32 K RAM.

EXTENDING YOUR REACH™

 **TEXAS
INSTRUMENTS**

Die neue Hochschule

Heft 4 • August 1994

LEITARTIKEL

Karl-Heinz Bosman

Die (kooperative) Promotion an Fachhochschulen

- Promotionsstatistik
- F.D.P.-Anfrage zur Einstufung von FH-Absolventen mit Promotion
- Auszüge aus der Antwort des BMBW vom 14. Juni 1994 auf die kleine Anfrage der SPD zu Promotionsmöglichkeiten

Dietrich Grille

Glosse: Dr. (univ.) < Dipl. (univ.)?

hIb-AKTUELL

LeserService

Informationen über Beamtenversorgung

hIb-Presse

hIb-Tagebuch

Werner Kuntze

Parteien zur Fachhochschule

Wilfried Godehart

Danke, Günther Edler!

AUFSÄTZE

Günther Edler

Wissenschaftsrat begutachtet Berufsakademien

Karl-Heinz Bosman

IUP - das französische Fachhochschulmodell?

Roland Schneider

Lehre: Widersprüche des Fachhochschulalltags in Nordrhein-Westfalen

RUBRIKEN

Tagung

Konrad-Adenauer-Stiftung: "Hochschule und Erwartungen der Wirtschaft"

Meldungen

Aus den Ländern

Bayern: Ausbau, Fächerspektrum, Besoldung, Lehrdeputat

Niedersachsen: Lehrverpflichtung, Nebentätigkeit

Promotion: wieder aktuell.

- Karl-Heinz Bosman sieht eine Lösung. Lesen Sie seinen Leitartikel auf Seite 4.

Impressum

Herausgeber: Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung - e.V. (hIb)

Verlag: hIb, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn, Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512

Schriftleitung: Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz Bosman (K.H.B.), Kiefernstraße 16a, 66129 Saarbrücken, Telefon (06805) 1589, Telefax (06805) 218123

Besprechungen: Professor Dr. Rainer Walden (R.W.), Hubertusstraße 21, 33129 Delbrück, Telefon (05250) 7519

Schlußredaktion: Dr. Hubert Mücke (H.M.), hIb

Verbands offiziell ist die Rubrik "hIb-AKTUELL". Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des hIb sowie der Mitgliedsverbände.

Nachdruck - auch auszugsweise und in anderen Sprachen - nur nach vorheriger Genehmigung des hIb mit Quellennachweis. Mitgliedern des hIb und Abonnenten der Zeitschrift ist dies zu nicht-kommerziellen Zwecken ohne vorherige Genehmigung gestattet.

Erscheinungsweise: zweimonatlich.

Der Bezugspreis wird im Rahmen der Mitgliedschaft zu den Landesverbänden des hIb abgegolten.

Jahresabonnements für Nichtmitglieder DM 75,- (Inland), 78,- (Ausland);

Einzelhefte DM 15,-; Doppelhefte DM 20,-

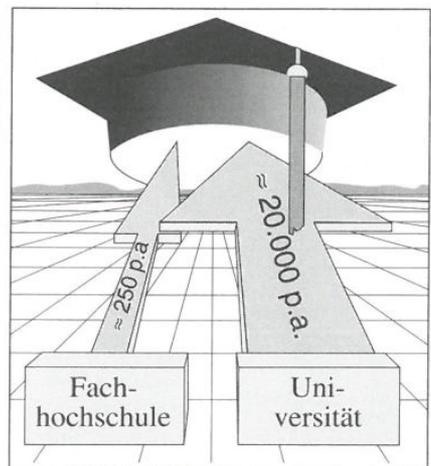
"Schnupper-Abos" für Hochschullehrer, die dem Hochschullehrerbund nicht angehören: einmalig DM 40,-

Abonnements werden für jeweils ein Kalenderjahr erteilt und verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht bis zum 15. November des laufenden Jahres gekündigt wurden.

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Satz und Versand: Cicero, Auguststraße 12, 53229 Bonn

Druck: PR Druck, Auguststraße 12, 53229 Bonn



Grafik: CICERO Satz • Layout • Belichtung

Die (kooperative) Promotion an Fachhochschulen

Totgeglaubte leben länger

Die kleine Anfrage zu Promotionsmöglichkeiten hat Bewegung in die Diskussion gebracht. Wer über die Promotion hinaus denkt, stößt auf deren Verknüpfung mit einer Verbesserung der personellen Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung: Ein Dipl.-Ing. (F&E) oder Dipl.-Betriebswirt (F&E) könnte Absolventen an der FH halten.

Text:

Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz Bosman
Kiefernstraße 16a
66129 Saarbrücken



In das Thema ist wieder Bewegung geraten. Den Auftakt in diesem Jahr bildeten zunächst einige Beiträge von universitärer Seite: die Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der Fakultätentagsvorsitzenden und das Positionspapier der ingenieurwissenschaftlichen Fakultätentage. Zu erwähnen von Fachhochschulseite sind u. a. die in Ausgabe 2/94 der DNH erschienenen Vorschläge des bayerischen hlb-Mitgliedsverbandes VHB zu postgradualen Studiengängen. Den vorläufigen (Zwischen-)Höhepunkt der Diskussion bildet die Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) auf eine kleine Anfrage von Mitgliedern der SPD-Fraktion zu Promotionsmöglichkeiten für FachhochschulabsolventInnen.

Bei der Kommentierung sollte man nicht vergessen: Es ist Wahlkampfzeit! Dennoch sind es Anfrage und deren Beantwortung wert, auf ihre Bedeutung für die Weiterentwicklung der Fachhochschulen hin beleuchtet zu werden.

Zusammengefaßt enthält die Antwort folgende Kernpunkte: Die unbefriedigenden Möglichkeiten für promotionswürdige Fachhochschulabsolventen/ -absolventinnen werden bestätigt und ein bundesweites kooperatives Promotionsverfahren für notwendig erachtet. Das Promotionsrecht gehört nach überwiegender Meinung der Bundesländer zum Kernbestand der Autonomie der Universitäten. Den einschränkenden Aussagen der Vorsitzenden der Fakultätentage hinsichtlich der Promotion von Fachhochschulprofessoren oder -professorinnen will die Bundesregierung jedoch nicht folgen. Als Zukunftsperspektive für die Fachhochschulen ist lediglich der mittel- bis langfristige Abbau bestehender Defizite vorgesehen. Entmutigend sind auch die am Beamtenrechts-Rahmengesetz orientierten Aussagen über die Anrechen-

barkeit einer (kooperativen) Promotion als Zulassungsvoraussetzung zu Laufbahnen des höheren Dienstes. Ob die von vielen schon totgeglaubte kooperative Promotion wider Erwarten Belebung erfahren wird, bleibt auch nach dieser Antwort offen.

In der laufenden Diskussion scheint m. E. die Interpretation der Begriffe "kooperativ" bzw. "Kooperation" zu kurz gekommen. Kooperation bedeutete in historischer Betrachtung Mitwirkung, aus heutiger Sicht kann nur Zusammenarbeit gemeint sein. Wenn dieser Sinngehalt bei den Beteiligten ernsthaft angestrebt wird, dann kann die Ausgestaltung einer "kooperativen Promotion" zwischen Fachhochschulen und Universitäten erfolgreich sein - unbeschadet ergänzender Maßnahmen, auf die noch eingegangen wird.

In der Wirtschaft kommen Kooperationen nur dann zustande, wenn die beteiligten Unternehmen sich jeweils einen Vorteil hiervon versprechen. So sollte es auch in der Hochschullandschaft sein. Es müssen sich Symbioseeffekte ergeben, die es den Hochschulpartnern erlauben, diese Form der Durchlässigkeit zwischen den Hochschulen zu fördern. Dabei helfen falsches Prestigedenken ebenso wie Abwehrhaltung formaler Art nicht weiter. Der Verfasser würde sich freuen, demnächst von gelungenen kooperativen Promotionen berichten zu können, d. h. ohne "brain drain" der beteiligten Fachhochschule und "ohne Ansehensverlust" der beteiligten Universität. Das bedeutet:

Schwerpunkt praxisorientierter Forschung und des Wissenstransfers in die Praxis an der Fachhochschule

Schwerpunkt grundlagenorientierter Forschung und der Weiterentwicklung von Theorieansätzen an der Universität

Durch Zusammenarbeit von Fachhochschule und Universität können sich neue Forschungsinhalte und damit Synergien ergeben.

Doch leider wird dies vorerst nicht der Regelfall sein. Daher müssen die Fachhochschulen über begleitende Alternativen zur kooperativen Promotion nachdenken. Solche Alternativen müssen dem Profil der Fachhochschule und den dort durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gerecht werden. Vorgeschlagen wird deshalb ein eigenständiger Titel nach einem postgraduierten Studium an der

Fachhochschule, der ein Verbleiben von Absolventen oder Absolventinnen an der Hochschule rechtfertigt und honoriert. Was die fachtheoretischen Inhalte dieses Studiums angeht, die in Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Fachhochschule zwangsläufig eingebunden wären, sollte man sich am angelsächsischen "Master" bzw. am französischen "DEA" oder "DESS" orientieren. Die zusätzliche Verweildauer an der Fachhochschule sollte 2 - 3 Jahre nicht überschreiten. Der dann im europäischen Ausland zweifellos als "Master adäquat" anerkannte Titel könnte beispielsweise lauten:

Dipl.-Ing. (F&E) oder
Dipl.-Betriebswirt (F&E)

Einige meiner Kollegen würden wohl lieber den Titel "Forschungsingenieur" bzw. "-Betriebswirt" sehen; ganz Vorsichtige würden es vorerst bei dem Titel XY (...) belassen...

Wie dem auch sei, nach §18 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) ist ein zweiter eigenständiger Hochschulgrad der Fachhochschulen möglich, er ist nach meiner Auffassung auch notwendig.

Bis die deutsche Gesetzesmaschinerie soweit ist, könnte der o. g. neue Titel der Fachhochschule auch in Kooperation mit einer ausländischen Hochschule erworben werden. Europäische Kompetenz würde dadurch gleichzeitig mitgeliefert. Später wären dann auch binationale (europäische) Titel denkbar.

Mit einem eigenständigen Titel würde ein Dilemma der Fachhochschulen beseitigt: der unetliche und unzureichende Nachwuchs innerhalb der Forschungsprojekte. Denn auch die Studenten, die als Mitarbeiter gewonnen werden, verlassen die Fachhochschule mit ihrem Abschluß-Diplom. Der Verfasser hat dies mehrfach bei Forschungsvorhaben von Kollegen beobachtet und selbst die Stagnation bei einem Forschungsvorhaben aufgrund der Fluktuation der studentischen Mitarbeiter erlebt. Und es fehlt - wie seit langem bekannt - ein ähnlich gut ausgestatteter Mittelbau wie an den Universitäten.

Qualifiziert für einen postgraduierten Studiengang wären vermutlich etwa 5% aller Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen - also rund 3000 Absolventen pro Jahr. Die hieraus resultierende Zahl von

kooperativen Promotionen steht in den Sternen; sie dürfte in jedem Fall eine Größenordnung niedriger liegen, wenngleich höher, als dies heute mit 200 bis 300 Promotionen der Fall ist.

Das Reizthema "kooperative Promotion" erledigt sich durch Einführung eines eigenständigen Titels - vergeben von der Fachhochschule - nicht von selbst. Es ist eine Tatsache, daß die Einführung eines Titels "Doktor (FH)" bei den Fachhochschulprofessorinnen/-professoren nicht unumstritten ist; das wäre geradezu ein Wunder in unserer pluralistischen Gesellschaft. Die Einführung dieses Titels ist andererseits auch nicht auszuschließen, wenn die

kooperative Promotion zwischen Fachhochschule und Universitäten ohne Erfolg bliebe.

So wundert es doch, wenn das BMBW für die Bundesregierung keine "ernstliche" Forderung nach einem institutionellen Promotionsrecht der Fachhochschulen zu erkennen vermag. Offensichtlich sind die entsprechenden Aussagen der Kollegen Groh, Edler, Zangl u. a. in früheren Verlautbarungen und Ausgaben der DNH übersehen worden ..., und damit auch die des ehemaligen Vorsitzenden des Wissenschaftsrates Gerhard Neuweiler. Manche nahmen ihn offenkundig so ernst, daß sie seine Abwahl betrieben.

Doppelt so viele Doktores

(Auszug aus: IWD, Nr. 27/1994) In Westdeutschland ist ein deutlicher Drang zu höheren akademischen Weihen zu erkennen: Jeder neunte Absolvent verläßt die Hochschule mit einem Dokortitel.

Die Absolventenstatistik des Jahres 1992 zeigt: Etwa 48 Prozent der Studierenden verlassen die Hochschule mit einem Universitätsdiplom, weitere 34 Prozent mit dem Diplom einer Fachhochschule. Nur gut 6 Prozent der Studenten gehen von der Hochschule nach dem ersten Staatsexamen ab und streben ein Lehramt an.

Besonders hoch in der Gunst der Akademiker steht der Dokortitel: Im Jahr 1992 wurden an westdeutschen Hochschulen 20.038 Doktorprüfungen mit Erfolg abgelegt - das sind 55 Prozent mehr als 1982.

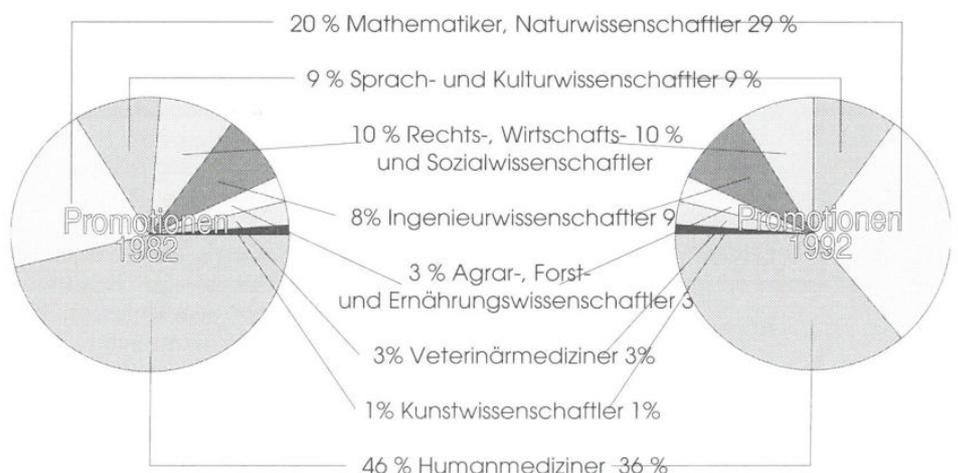
Damit haben 11,3 Prozent des Absolventenjahrgangs 1992 die Doktorwürde erreicht. Zum Vergleich: Im Jahr 1982 lag die Quote der Promotionen lediglich bei 8,4 Prozent...

- **Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.** Bei Juristen und Wiso-Absolventen ist die Neigung zur Promotion geringfügig gestiegen. Ihr Anteil an den Promotionen erhöhte sich im Vergleichszeitraum um einen halben Prozentpunkt auf 10,3 Prozent. Gleichwohl verlassen nur 3,8 Prozent aller Jura- und Wiso-Studenten die Uni mit einem Dokortitel.

- **Mathematiker und Naturwissenschaftler.** Für immer mehr Absolventen der Mathematik und der Naturwissenschaften gehört die Promotion zur beruflichen Mindestanforderung. Folge: Ihr Anteil an allen Doktorprüfungen erhöhte sich von 20 Prozent (1982) auf knapp 29 Prozent (1992).

- **Sprach- und Kulturwissenschaftler.** Diese Gruppe der Hochschul-Absolventen erreichte einen Anteil an allen Promotionen von 9,5 Prozent - das ist in etwa der Stand von 1982 (9,3 Prozent). Anders formuliert: Jeder zwölfte Sprach- und Kulturwissenschaftler verläßt als Dr. phil. oder Dr. paed. die Alma mater.

- **Ingenieurwissenschaften.** Unter den Ingenieuren ist der Doktorgrad weniger begehrt. Den Dokortitel haben nur 4,4 Prozent aller Ingenieure erworben, die die Hochschule verlassen. Der Ingenieursanteil an allen Promovierten des Jahrgangs 1992 lag bei 8,6 Prozent (1982: 8,0 Prozent).



Promotionen: Entwicklung der Studienrichtungen

Bayern weiter aktiv

Anfrage zur Einstufung von Fachhochschulabsolventen mit Promotion

Der Abgeordnete *Wolf-Dietrich Großer* (F.D.P.) hat am 26.04.1994 dem Präsidenten des Bayerischen Landtages, Herrn Dr. *Wilhelm Vorndran* (MdL) die folgende schriftliche Anfrage übergeben:

“Zwischenzeitlich stehen die ersten Fachhochschulabsolventen vor dem Abschluß ihrer Promotion und es stellt sich die Frage ihrer künftigen Besoldung bei Übernahme in den öffentlichen Dienst. Deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. In welcher Besoldungsgruppe wird ein Fachhochschulabsolvent eingestuft, der als Assistent an einer Hochschule arbeitet und sich auf seine Promotion vorbereitet? Ist für die Eingruppierung allein der bisherige Fachhochschulabschluß entscheidend oder darf er gar keine Assistentenstelle des höheren Dienstes annehmen?

2. Welche Eingruppierung kommt für einen Hochschulabsolventen mit Promotionsabschluß im öffentlichen Dienst in Betracht, wird er dann als Hochschulabsolvent mit univ. Abschluß beurteilt oder trotz Doktorgrad lediglich als Fachhochschulabsolvent?

3. Besteht für einen Fachhochschulabsolventen mit Promotion die Möglichkeit, sich zu habilitieren und wenn ja, welche Art von Professuren könnte er dann übernehmen? Wie wäre in solchen Fällen seine besoldungsmäßige Eingruppierung?

4. Beabsichtigt die Staatsregierung, Möglichkeiten zu eröffnen, die es einem hochbegabten Fachhochschulabsolventen nach erfolgreicher Promotion ermöglicht, im höheren Dienst beschäftigt zu werden?”

Ergänzend haben die Abgeordneten *Karin Hiersemenzel* und Prof. Dr. *Jürgen Doeblin* sowie die Fraktion der F.D.P. folgenden Antrag gestellt:

“Der Landtag wolle beschließen: Die Bayerische Staatsregierung wird beauftragt, sich im Bundesrat für eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes einzusetzen. Ziel dieser Änderung soll es sein, Absolventen der Fachhochschulen, die aufgrund eines überdurchschnittlich gut bestandenen FH-Diploms eine Promotion an einer Universität abgelegt haben, den Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes zu eröffnen.”

Wie die DNH erfuhr, hat die bayerische Staatsregierung dem Abgeordneten *Großer* die Beantwortung seiner Anfrage zugesagt. Der bayerische Finanzminister, *Dr. Frhr. Georg von Waldenfels*, wurde damit beauftragt. Er hat mittlerweile um Fristverlängerung gebeten. Wir hoffen, den Lesern der DNH in der nächsten Ausgabe die Antwort der bayerischen Staatsregierung bekanntgeben zu können.



Professor Dr. phil. Dietrich Grille, Nürnberg

Glosse

zur Entschließung der Arbeitsgemeinschaft der Fakultätentagsvorsitzenden in Deutschland zur Mitwirkung von Fachhochschulprofessoren an Promotionen von hochbegabten Fachhochschulabsolventen (vgl. DNH 2/94):

Dr. (univ.) < Dipl. (univ.) ?

Man kann es wohl nicht anders lesen. Die Vorsitzenden der deutschen Fakultätentage erklärten kürzlich die von ihnen selbst verliehenen deutschen Doktorhüte für einen feuchten Kehricht: Der § 36 Abs. 4 des Hochschulgesetzes im Freistaat Sachsen sei - wörtlich - "rechtswidrig"?

Warum? Weil im Freistaat Sachsen das Dipl. (univ.) führen darf, wer mit dem FH-Diplom und einem maximal dreisemestrigen universitären Zusatzstudium als Zulassungsvoraussetzung den Dr. (univ.) erwirbt.

Die fehlende Diplomadäquanz des deutschen Doktors schreiben wir

Dipl. (FH) + 3 Sem. (univ.) + Prom. (univ.) < Dipl. (univ.)

Nun sind aber der Fakultätentagsvorsitzendenarbeitsgemeinschaft zufolge erstens

Dipl. (FH) = 0

und ferner, da nicht einmal zum Vordiplom (univ.) führend, ebenfalls

3 Sem. (univ.) = 0

Wir kommen also, da in unserer Darstellung

Prom. (univ.) = Dr. (univ.)

sind, nach Milchmädchen *Adamia Riesln* über die Zwischenlösung

0 + 0 + Dr. (univ.) < Dipl. (univ.)

zu unserem gewünschten Endergebnis.

Dipl. (univ.) < Dr. (univ.)!

Wenn das aber eine Fehlalkulation wäre? Ein - horrible dictu - ein Selbsttor?

Dann - oh Fakultätentagsvorsitzendenarbeitsgemeinschaftsmitglieder - geht nie nach Bogotá!

Euer Dietrich Grille

Leserservice

Versorgung

Sie kommen neu an die Fachhochschule. Sie stehen vor der Pensionierung. Wer kennt sich schon aus im VorschriftenDschungel?

Mit welcher Wartezeit muß ich rechnen, bevor der Versorgungsanspruch eintritt? Wie ist meine Familie abgesichert? Kann ich die Höchstgrenze erreichen?

Auf diese und alle weiteren Fragen gibt Ihnen der Hochschullehrerbund Antwort.

Wir konnten Herrn Dozenten *Kowitzki* gewinnen, Sie in allen Fragen individuell zu informieren.

Richten Sie Anfragen bitte an:

Hochschullehrerbund -
Bundesvereinigung
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon (0228) 35 22 71
Telefax (0228) 35 45 12

Kleine Anfrage zur Promotion

Auszüge aus der Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 14. Juni 1994 (BT-Drucksache 12/7962) auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Ganseforth¹⁾, Eckart Kuhlwein, Doris Odendahl u.a. und der Fraktion der SPD zu Promotionsmöglichkeiten für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen

An Feststellungen, Wünschen und Einschätzungen lassen sich aus der Antwort des BMBW ablesen:

Die Bundesregierung hält die derzeitigen Möglichkeiten für besonders erfolgreiche Fachhochschulabsolventen/ -absolventinnen, an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen zu promovieren, für unbefriedigend.

Die Forderung nach einem institutionellen Promotionsrecht der Fachhochschulen wird nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nicht ernstlich erhoben.

Das Promotionsrecht der Universitäten ist in deren Aufgabenstellung begründet, wozu im Zusammenhang mit ihrem spezifischen Forschungsauftrag die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehört.

Die in einem differenzierten Hochschulsystem notwendige und wünschenswerte Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen würde durch die Einführung des institutionellen Promotionsrechts für die Fachhochschulen nicht verbessert.

Ein kooperatives Verfahren zwischen Universität und Fachhochschule mit

dem Ziel, besonders erfolgreichen Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen die Promotionsmöglichkeiten ohne den Umweg über das universitäre Diplom zu eröffnen, ist bundesweit wünschenswert.

Im Rahmen einer 1989 durchgeführten Länderumfrage haben die Länder der Intention, besonders befähigten Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen zukünftig die Promotion ohne unnötigen Zeitverlust zu ermöglichen, zwar zugestimmt, allerdings wiesen die Länder darauf hin, daß das Promotionsrecht zum Kernbestand der Hochschulautonomie gehöre.

Soweit diese Tätigkeit (Mitarbeit an Projekten der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung) auch Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Weiterqualifikation eröffnet und mit der Vorbereitung auf eine Promotion an einer Universität verbunden ist, leistet die Fachhochschule faktisch auch einen Beitrag zur Heranbildung wissenschaftlichen Nachwuchses.

Stärker als von der Möglichkeit, eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden zu können, hängt nach Auffassung des BMBW die qualitative Entwicklung der Fachhochschulen mittel- und langfristig vom Abbau immer noch bestehender Defizite ab.

Landesgesetzliche Bestimmungen der Promotionsmöglichkeiten für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen finden sich in den einschlägigen Gesetzen fast aller Länder, außer in Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Das BMBW unterstützt die Forderung, Professorinnen und Professoren von Fachhochschulen an der Betreuung

und Beurteilung im Promotionsverfahren zu beteiligen. Es teilt nicht die Ansicht der Vorsitzenden der Fakultätentage, daß beteiligte Fachhochschulprofessorinnen oder -professoren selbst promoviert sein müssen, da sie wissenschaftliche Leistungen nachweisen müssen, die nach Art und Güte einer qualifizierten Promotion entsprechen.

Die Promotion einer/eines Fachhochschulabsolventen/ -absolventin - sei es im europäischen Ausland oder im Inland - erfüllt nicht die Zulassungsvoraussetzungen für die Laufbahnen des höheren Dienstes. Das Beamtenrechtsrahmengesetz setzt in den einschlägigen Bestimmungen einen berufsqualifizierenden Studienabschluß voraus. Die Promotion gehört in der Regel nicht zu den Hochschulprüfungen, mit denen ein berufsqualifizierender Abschluß erworben wird, vielmehr dient sie dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter selbständiger wissenschaftlicher Arbeit.

Gleichwohl wird die Problematik der Ungleichbehandlung promovierter Fachhochschulabsolventen/ -absolventinnen und Universitätsabsolventinnen/ -absolventen im Hochschulbereich eingeräumt und auf den Änderungsbedarf der rechtlichen Regelungen durch die KMK verwiesen.

Der vollständige Wortlaut der Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion kann beim **h/b** gegen einen Kostenbeitrag von 3,—DM angefordert werden.

¹⁾ Frau Professor Dipl.-Ing. Monika Ganseforth vertritt an der Fachhochschule Hannover, Fachbereich Maschinenbau die Lehrgebiete Konstruieren, Projektieren, Steuerungstechnik und Regelungstechnik.

Früheres Bundesgebiet Bestandene Promotionen nach früherem Abschluß "Diplom (FH)/Kurzstudiengänge" nach Fächergruppen bzw. Studienbereich "Gestaltung"

Fächergruppe/Studienbereich	1978	1983	1988	1992
0001 / Sprach- und Kulturwissenschaften	15	19	18	33
0002 / Sport	-	-	-	1
0003 / Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	15	35	46	29
0004 / Mathematik, Naturwissenschaften	62	45	44	32
0005 / Humanmedizin	9	55	22	16
0006 / Veterinärmedizin	4	4	1	4
0007 / Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9	15	13	10
0008 / Ingenieurwissenschaften	99	136	73	73
0009 / Kunst, Kunstwissenschaft	3	3	4	-
0010 / Außerhalb der Studienbereichsgliederung	-	-	-	-
0011 / Gestaltung	-	-	-	-
0012 / Insgesamt	216	312	221	198

Quelle: Bt.-Drs. 12/7962

h/b-Press

**Bewertung der Lehre:
Übereifer schädlich**

In den VDI nachrichten vom 17. Juni 1994 ¹⁾ sprach sich der Präsident des *h/b*, Professor *Werner Kuntze*, gegen Übereifer bei der Durchführung von Evaluierungen an Fachhochschulen aus. An den Fachhochschulen sei der Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden sehr eng, so daß es kaum zu gravierenden Mängeln in der Wissensvermittlung kommen könne. "Ich kenne jeden Seminar - Teilnehmer persönlich", so *Kuntze* - ein Pluspunkt, der die Fachhochschulen von den meisten Universitäten grundlegend unterscheidet. In Zeiten öffentlicher Sparmaßnahmen sollte man sich mit Evaluierungen lieber auf die großen Wissenschaftsbetriebe konzentrieren, wo das Geld für derartige Leistungsbewertungen weitaus sinnvoller eingesetzt werde als an den vergleichsweise überschaubaren Fachhochschulen.

Auf die Qualität der Lehre legt auch *Kuntze* großen Wert. So besitze die Lehrerfahrung bei der Einstellung von Fachhochschulprofessoren sehr große Bedeutung. Dies sei an den Universitäten nicht so.

An der Fachhochschule Osnabrück beispielsweise, wo *Kuntze* das Fach Betriebswirtschaft lehrt, müsse - vor der Berufung eines Professors - auch die Mehrheit der Studierenden ein positives Votum abgeben. Bei der Probe-Vorlesung sitzen regelmäßig auch 30 bis 35 Studenten des Fachbereichs im Publikum: Entscheiden sich die Studenten gegen den Kandidaten, müsse man sich auf einen anderen Bewerber verständigen.

Weitere Stimmen innerhalb des Beitrages teilten *Kuntzes* Zurückhaltung nicht: "Das Geld für Evaluation ist auch an Fachhochschulen nicht verschwendet", konterte Dr. *Peter Biesenbach* (BDI). Ähnlich sah es auch *Joachim Weber* von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK).

Reiner Reissert von der Hochschulinformations-Systeme GmbH (HIS) fügte hinzu, auch an den Fachhochschulen sei die Wissensvermittlung in kleinen Lerngruppen kaum noch zu praktizieren. Die Verwaltung des Andrangs werde inzwischen auch an Fachhochschulen zu einer alltäglichen Erscheinung.

1) *Wilfried Schuchert*, Evaluierung ist keine Geldverschwendung, VDI nachrichten Nr. 24 vom 17. Juni 1994

h/b-Tagebuch

Donnerstag, 30. Juni

11. Runder Tisch Bildung+Beruf in Bonn. Zur Diskussion steht: Auswirkungen nach Einführung des Globalhaushalts und einer Professionalisierung des Hochschulmanagements. Fragen ohne Antwort: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wer hat Zugang zum Management?

Montag, 4. Juli

Plenum der Hochschulrektorenkonferenz in Bonn. Die Allgemeinen Bestimmungen über Diplomprüfungsordnungen an Fachhochschulen (ABD-FH) stehen zur Abstimmung. Die KMK hatte eigenmächtig Änderungen vorgenommen. Trotzdem: Es gibt es eine Lösung für die Dauer der Diplomarbeiten. Sechs Monate Bearbeitungszeit sind drin. Dafür muß Sie/Er außerhalb der Hochschule arbeiten oder parallel Veranstaltungen besuchen. Ansonsten ist die Diplomarbeit so zu vergeben, daß sie innerhalb von drei Monaten bearbeitet werden kann.

Donnerstag, 7. Juli

Bundeskanzler *Helmut Kohl* unterstützt die Bemühungen von Bundesbildungsminister *Laermann*, den Bildungsetat für 1995 nicht unter den Ansatz für 1994 rutschen zu lassen. *Waigel* will die Arbeit des BMBW auf seine gesetzlich fixierten Pflichtaufgaben beschränken.

Dienstag, 19. Juli

Das Bundeskabinett verabschiedet den Perspektivbericht des Bundesinnenministers zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes: immer noch ohne Perspektiven für FH-Absolventen. Allerdings: HRK und BMI setzen eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein.

August

Über den Fachhochschulen braut sich ein Gewitter zusammen: Bund und Länder können sich nicht auf die Fortführung der Hochschulsonderprogramme einigen. Nachfragen ergeben Widersprüchliches. Der Bund sagt: "Länder, finanziert alle Programme mit." Die Länder antworten: "Das Hochschulerneuerungsprogramm geht uns nichts an; das Hochschulsonderprogramm II läuft und läßt sich nicht stoppen." Hinten runter fällt das HSP I, das den Fachhochschulen einen warmen Regen neuer Stellen brachte. Der *h/b* stellt sich auf eine heiße Phase des Verteilungskampfes ein und sammelt Argumente.

Sonntag/Montag, 28./29. August

Der Vorstand des *h/b* tagt in Saarbrücken. Ein Strategiepapier will er der Delegiertenversammlung vorlegen. Es soll die Weichen für mehr Forschung an Fachhochschulen und die Sicherung der Rechte des Einzelnen stellen. Denn eins ist klar: Durch Hochschulmanagement werden die Entscheidungswege nicht transparenter.



Während der FRK-Plenarversammlung in Emden: v.l.n.r.: Rektor Ohlenburg, Ministerin Schuchardt, Präsident Kuntze

Parteien zur Fachhochschule

Mit Schreiben vom 11. Mai 1994 bat der Präsident des Hochschul-Lehrerbundes, Professor Werner Kuntze, die Vorsitzenden der Parteien CDU und CSU, SPD, F.D.P. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anhand eines sieben Punkte umfassenden Fragenkatalogs ihre Positionen zu zentralen Fragen der Fachhochschulen darzulegen.

Hier nun die Ergebnisse:

Insgesamt betrachtet ergibt sich eine ausgesprochen positive Einschätzung von Stellung und Bedeutung der Fachhochschulen in Deutschland und Europa. Die Aussagen der Parteien legen den Schluß nahe, daß den Fachhochschulen auch in den Vorstandstagen der Parteien eine zentrale Bedeutung für die Weiterentwicklung des Bildungsstandortes Deutschland zugesprochen wird. Ich gehe davon aus, daß der Stellenwert der Fachhochschulen durch die intensive Auseinandersetzung mit ihren spezifischen Bedingungen in der politischen Diskussion gestärkt wird.

Konstruktive Ansätze zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen haben sich aufgrund der finanziellen Engpässe der öffentlichen Haushalte nicht entwickeln können. Hochschulentwicklung ist aber eine permanente und dringend zu lösende Aufgabe, so daß der *h/b* vom 13. Deutschen Bundestag Schritte zur Weiterentwicklung der Fachhochschulen erwartet und hofft, daß auch die Länder dadurch angeregt werden, initiativ zu werden. Konstruktive Hochschulpolitik kann nicht nur in Zeiten der vollen Kassen stattfinden. Es geht auch hier um die Frage der Prioritätensetzung.

Zu den Fragenkomplexen im einzelnen:

Standort Deutschland

In der Vergangenheit fanden wir allzu oft den Eindruck bestätigt, große Politik schmücke sich gern mit großen Projekten an universitären Hochschulen. Prestigedenken können wir uns angesichts der dringend zu lösenden wirtschaftlichen Probleme heute nicht mehr leisten. Die Fachhochschulen werden gebraucht und zwar aufgrund ihrer Stärken in praxisorientierter Lehre und anwendungsbezogener Forschung als Schrittmacher des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Marianne Birtbler, Sprecherin im Bundesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreibt in Ihrer Antwort die besondere Rolle der Fachhochschulen für den Standort Deutschland: Der Anteil hochqualifizierter Arbeiten und Arbeitsplätze werde weiter zunehmen. Die an den Fachhochschulen ausgebildete "technische Intelligenz" müsse aber auch in die Lage versetzt werden, die ökologische Bedrohung unseres Globus ernst zu nehmen und die Weichenstellung für eine ressourcenschonende "humane Technik" und Produktgestaltung als Herausforderung zu betrachten. Dazu müßten die Studiengänge reformiert und die Bildungsziele neu definiert werden.

Peter Hintze, CDU-Generalsekretär, beantwortete die *h/b*-Fragen in Vertretung des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden. Er weist darauf hin, daß sich die Fachhochschule als eigenständiger Hochschultyp durchgesetzt hat. Auf sie könne man heute nicht mehr verzichten.

Erwin Huber, CSU-Generalsekretär, beschreibt für den CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel, den momentan spürbaren Umwandlungsprozeß unserer Wirtschaft und weist den Fachhochschulen ihre Rolle im Innovationsprozeß und im Wissens- und Technologietransfer zu.

Dr. Klaus Kinkel, Bundesaussehnminister und Vorsitzender der F.D.P., gibt mit seiner Antwort zu erkennen, daß die herausgehobene wirtschaftliche Bedeutung der Fachhochschulen erkannt wurde. Effizienz und günstige Kosten-Nutzen-Relation, angewandte Forschung und Entwicklung sowie in der Region wirkender Technologie- und Wissenstransfer begründeten eine in Teilen größere Bedeutung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten. Das gelte insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Professor Dr. Peter Glotz, SPD, hebt Bildung als Element einer dauerhaften Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung des Strukturwandels hervor. Er kündigt eine Technologie-, Innovations- und Bildungsoffensive der SPD an. In diesem Rahmen seien der Auf- und Ausbau der Fachhochschulen vordringliche Aufgaben.

Fachhochschulstudienplätze

An den Fachhochschulen stehen Studienplätze nur in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Die Zahl der

Bewerber übersteigt die Kapazität bei weitem. Wie stehen die Parteien zu einer Steigerung der Fachhochschulstudienplätze?

Alle Parteien halten grundsätzlich am bekannten Ziel fest, den Anteil der Fachhochschulstudienplätze am Studienplatz-Gesamtangebot auf 40% zu steigern. Frau Birtbler macht zudem auf die besondere Rolle des Bundes beim Hochschulbau aufmerksam, sagt gleichzeitig aber auch, daß die Zukunft zeigen müsse, ob trotz "dramatisch steigender Verschuldung von Bund und Ländern" an diesem Ziel festgehalten werden könne. Peter Hintze will diese Entscheidung vor allem dadurch herbeiführen, daß Studentenströme entsprechend in Richtung Fachhochschulen umgelenkt werden. Er erinnert an die positive Entwicklung in den neuen Bundesländern, die das angestrebte Verhältnis nahezu erreicht haben, ja in Sachsen-Anhalt mit 43% sogar überschreiten. Auch die CSU sieht diesen Weg als notwendig an, um die anhaltend hohe Bildungsbeteiligung auch in Zukunft finanzieren zu können. Die SPD sieht in der Erweiterung des Fächerspektrums eine Möglichkeit, den Anstieg der Studierendenzahlen an Fachhochschulen zu erreichen. Berufsakademien und Verwaltungsfachhochschulen sollten in diese Entwicklung einbezogen werden. Gebiete aus der Rechtswissenschaft, den Sprachen, der angewandten Naturwissenschaften und die Ausbildung einiger Lehrergruppen könnten an Fachhochschulen verlegt werden.

Staatliche Finanzierung

Bestandssicherung der Hochschulen durch staatliche Finanzierung ist ein heißes Eisen. Die Diskussion um Berufsakademien und private Hochschulen deutet darauf hin, daß die öffentliche Hand nur allzugerun zumindest einen Teil der finanziellen Belastungen Dritten übertragen würde. Während die F.D.P. an ihrer konkreten Forderung festhält, die Mittel für den Hochschulbau jährlich zu steigern, trifft die CDU hierzu keine konkrete Aussage, während die CSU auf Bayern als Beispiel dafür verweist, wie man auch in finanzpolitisch schwierigen Jahren den Ausbau der Fachhochschulen vorantreiben kann. Mit dem Hinweis auf den Einbezug der Fachhochschulen in das Hochschulverzeichnis des Bundes signalisiert Peter

Hintze den Ländern, bei ihren Anmeldungen zum Hochschulbau stärker als in der Vergangenheit auf den Ausbau der Fachhochschulen zu setzen. Für die SPD steht die Geräteausrüstung nach internationalen Standards im Vordergrund. Staatliche Finanzierung steht schließlich auch für Frau *Birthler* außer Zweifel.

Konkurrenzfähigkeit und Professorenamt

Bis zum Jahr 2.000 wird ein Drittel aller Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand eintreten. Die Konkurrenzfähigkeit der Fachhochschulen wird also entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, qualifizierte Bewerber für die vakant werdenden Professorenstellen zu gewinnen.

Frau *Birthler* sieht einigen Handlungsbedarf, um die Fachhochschulen konkurrenzfähig zu erhalten: Zum einen der direkte Zugang ihrer Absolventen zur Promotion und zum anderen die Senkung der Lehrverpflichtung stünden dabei im Vordergrund, auch wenn angesichts der hohen Überlast eine generelle Senkung der Lehrverpflichtung ihrer Ansicht nach nicht zu erwarten ist. Zeitprofessuren und die Abschaffung des Beamtenstatus bilden für Sie Fernziele. Die F.D.P. dage-

gen wird konkret: Sie werde sich für die Erhöhung des C 3 - Stellen Anteils auf 70 v.H. einsetzen. Auch nach Auffassung der CDU muß die Besoldung im Rahmen der tatsächlichen Wettbewerbsstrukturen außerhalb der Hochschulen weiterentwickelt werden. Die CSU ruft die Länder auf, die Besetzungsmodalitäten so zu regeln, daß die Attraktivität des Professorenamtes auch weiterhin gewährleistet ist.

Forschung

Die Antworten aller Parteien dazu gehen in die gleiche Richtung: In die Stärkung von Forschung und Entwicklung werden große Erwartungen gesetzt. Hierdurch solle der Wirtschaftsstandort Deutschland zu alter Stärke zurückfinden. CDU und F.D.P. sprechen sich lobend über das vom Bund geförderte Programm zur Förderung anwendungsbezogener FuE an Fachhochschulen aus. Bisher seien auf diesem Wege 100 Projekte gefördert worden. Das Gesamtvolumen werde von 1992 bis Ende 1994 auf knapp 14 Millionen DM gestiegen sein. Da Fachhochschulen die schnelle Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis garantieren können und wegen dieser Fähigkeit zu fördern sind, fordert *Peter Glotz* eine ent-

sprechende Veränderung der Prioritätensetzung innerhalb des Forschungshaushalts. Die CSU schließlich schlägt Anwenderzentren nach bayerischem Vorbild flächendeckend für alle Fachhochschulen vor. Der "Primat der Lehre" setze der Forschung allerdings insoweit Grenzen, als deren Erkenntnisse und Erfahrungen für eine Aktualisierung der Lehre geeignet sein müßten.

Öffentlicher Dienst

Alle Parteien halten den Fachhochschulabschluß innerhalb des öffentlichen Dienstes für unterbewertet. Die Forderung der FH-Absolventen nach einer Verbesserung der beruflichen Perspektive im öffentlichen Dienst sei deshalb berechtigt. Als einen ersten Schritt schlägt die CSU vor, die Durchstiegsmöglichkeiten spürbar zu verbessern. Darüber hinaus üben BÜNDNIS 90/GRÜNE und F.D.P. generelle Kritik am Laufbahnwesen. Die F.D.P. hält die "starre Zuordnung" von Abschlüssen zu Laufbahnen für überholt. Sie müsse durch Zugangsmöglichkeiten ersetzt werden, die stärker auf Funktionen und die dafür erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie auf Leistungsmerkmale abstellen.

Parteien	Standort Deutschland	Studienplätze	Finanzierung	Professoren	Forschung	öffentlicher Dienst	Europa
CDU	Fachhochschulen haben sich bewährt	umlenken	ohne konkrete Aussage	Besoldung angepaßt an Wirtschaft u. Verwaltung	Drittmittelfähigkeit stärken	Perspektiven verbessern	MehrEuropa-studiengänge
CSU	stürmische Entwicklung der Fachhochschulen	Ausbau vorantreiben	Bayern finanziert zur Not ohne den Bund	hervorragender Ruf macht Amt attraktiv	Anwenderzentren flächendeckend	Durchstiegsmöglichkeiten verbessern	Auslandsämter und integrierte Studiengänge
SPD	Technologie-, Innovations- und Bildungsoffensive	Fächerspektrum, Berufsakademien, FhÖV	staatliche Unterstützung für internationalen Standard	ohne konkrete Aussage	neue Prioritäten im Forschungshaushalt	Perspektive verbessern	Europäische Vielfalt erhalten
F.D.P.	FH mit Kostenvorteilen	40 v.H. schnellstens erreichen	jährliche Steigerung im Hochschulbau	70 v.H. C 3-Stellen kurzfristig anzustreben	Technologie-transfer stärken	grundlegende Änderung des Laufbahnsystems	Berücksichtigung durch Hochschulsonderprogramm
BÜNDNIS 90/GRÜNE	ökologischer Umbau	40 v.H. langfristig	staatliche Verantwortung	Teilzeitprofessuren kein Beamtenstatus	ökologisch ausrichten	Laufbahnen auflösen	Europäische Vielfalt erhalten

Europa

Bundeskanzler *Helmut Kohl* ist als konsequenter Promotor des Europäischen Gedankens bekannt. Insofern erstaunt es nicht, wenn *Peter Hintze* ausführlich auf die europäische Dimension der Fachhochschulen eingeht. Er fordert sie auf, die Angebote an europäischen integrierten Studiengängen über das jetzt schon erreichte Maß hinaus zu erweitern und so ihren Beitrag zur europäischen Einigung zu leisten. Die Fachhochschulen hätten Vorbildcharakter auch für andere EU-Partnerländer. Die F.D.P. will sich im Rahmen der Überprüfung der laufenden Hochschulsonderprogramme für die Berücksichtigung des europäischen Gesichtspunktes einsetzen. BÜNDNIS 90/GRÜNE und SPD heben die kulturelle Vielfalt Europas hervor. Diese müsse erhalten bleiben. Die europaweite Anerkennung der Studienleistungen sei hierfür Voraussetzung.

Resümee

Es ist erfreulich: Die Fachhochschulen spielen nach diesen Aussagen eine nicht zu übersehende Rolle innerhalb der Programmatik der Parteien. Die langjährige Aufklärungsarbeit scheint Früchte zu tragen. Auch stimmen die Parteien in großen Zügen hinsichtlich der Bewertung bestehender Defizite und der daraus abzuleitenden Konsequenzen für den 13. Deutschen Bundestag überein. Darüber hinausgehende Politikanliegen benennen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die F.D.P. Letztere nennt konkrete Handlungsvorschläge. Die langjährige Verantwortlichkeit für das Wissenschaftsressort wird hier erkennbar. Die großen Parteien, die sich gern als "Volksparteien" wahrnehmen, halten sich jedoch mit konkreten Aussagen zurück. Verständlich, könnte man sagen, sind sie doch diejenigen, die Regierungsverantwortung und Führung anstreben und nicht nur die Rolle eines kleineren Partners in einer Koalition.

Aber wir brauchen Entscheidungen und nicht nur Worte, Handlungen und nicht nur Bekenntnisse. Warten wir ab, in welchem Gewand uns die Parteien begegnen, die die Tagespolitik in der nächsten Legislaturperiode bestimmen.

(Werner Kuntze)

**Danke,
Günther Edler!**

Wer das Engagement erlebt hat, mit dem *Günther Edler* "seine" DNH Ausgabe für Ausgabe - insgesamt zwei dutzendmal - gestaltet und bis zum Druck durch alle Phasen des Entstehungsprozesses mit hohem Qualitätsanspruch begleitet hat, der wird nur schwer mitvollziehen, daß dies nicht mehr sein soll. Die neue Satzung (vgl. DNH 2/94, S. 7 ff.) sieht veränderte Rechtsbeziehungen vor: Herausgeber ist der *h**lb***, und das Bundespräsidium (der Vorstand) bestellt einen Schriftleiter. Vizepräsident *Karl-Heinz Bosman* hat sich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt.

Die DNH-Ausgabe 2/1990 war die erste, die *Günther Edler* als Herausgeber zu verantworten hatte. Alles war neu für ihn, und Zeit zum Einarbeiten gab es nicht. In seiner Hochschule lief die Lehrverpflichtung weiter (die Rolle des Lehrenden verlangte nach der gerade beendeten neun-jährigen Amtszeit als Rektor obendrein erhöhten Vorbereitungsaufwand), und der *h**lb*** forderte von ihm auch Öffentlichkeitsarbeit. Er ist *Wolfhart Haacke* nämlich in beiden Funktionen gefolgt: mit Wirkung vom 1. Januar 1990 in der des Pressereferenten und wenige Monate später als Herausgeber.

Wer *Günther Edler* kennt, der hatte keinen Zweifel daran, daß der Stabwechsel auch unter diesen Bedingungen gelingen konnte; denn der weiß, daß diesen ungewöhnlich disziplinierten Arbeiter vor allem Gestaltungsfreiräume und Verantwortung zu größten Leistungen herausfordern.

Bereits das erste Heft zeigte, daß *Günther Edler* nicht nur seinen Herausgeberpflichten nachkommen, sondern auch als Autor präsent bleiben wollte. Aus seiner Feder erschienen darin gleich zwei Beiträge mit großer hochschulpolitischer Reichweite sowie ein recht kritischer Kommentar. Etwa 50 Aufsätze, Leitartikel und Kommentare folgten sowie bald auch regelmäßig Editorials, mit denen er seine Leser an die Themen des jeweiligen Heftes heranführte.

Sechs Jahre lang (1974 bis 1980) war *Günther Edler* Vorsitzender des *h**lb***-Landesverbands

Nordrhein-Westfalen, und für fast sieben Jahre (bis Ende 1989) hatte er das Amt eines Vizepräsidenten der Bundesvereinigung inne. Doch nicht nur die verbands- und hochschulpolitischen Erfahrungen aus so vielen Jahren exponierter *h**lb***-Arbeit kamen dem Herausgeber des Verbandsorgans zugute, sondern darüber hinaus gerade auch das Vorhandensein jener Qualitäten, die nach Max Weber entscheidend für einen Politiker sind: Leidenschaft, Verantwortungsbeußtsein und Augenmaß. So mag begründet sein, daß *Günther Edlers* Herausgebertätigkeit binnen kurzer Zeit zu einer spezifischen Form aktiver Hochschulpolitik auf hohem Niveau gedieh. Die DNH ist dabei weiterentwickelt worden zu einem Diskussionsforum aller Themen, die für unsere Hochschulen, unsere Absolventen und für uns Professoren von existentieller Bedeutung sind. Ihre Informationsqualität ist überall anerkannt. Aktuelle und seriöse Gewinnung der Informationen, deren solide Aufbereitung und umgehende Weiterleitung an den Leser stehen dahinter.

Günther Edler verzichtete nie darauf, die Informationen an den "Quellen" abzuholen. Sei dies nun in den Fachhochschulen selbst (in seiner langjährigen Tätigkeit als Rektor ist ein nützliches Netzwerk formeller und informeller Beziehungen entstanden), sei es dort, wo die Hochschulen die sie gemeinsam betreffenden Fragen erörtern (FRK, HRK), oder sei es in den Feldern der Hochschulpolitik und Wissenschaftsverwaltung.

Der gewiß nicht kleine Kreis der DNH-Leser, der sich von ihm stets bestens mit Informationen versorgt wußte, bittet ihn, diese "Versorgung" fortzusetzen und möglichst noch zu verstärken!

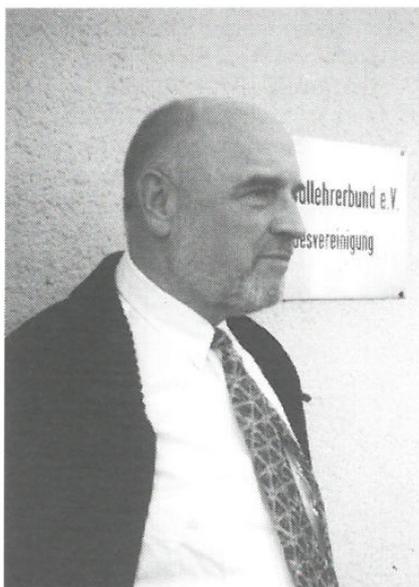
Nicht zuletzt wird *Günther Edler* im Verband gebraucht: als Berater der Verbandsführung, als Anreger und Mahner - und als Kollege, der jene Kultur des Umgangs miteinander pflegt, die Grundlage jeder gedeihlichen Zusammenarbeit ist.

(Wilfried Godehart)

Wissenschaftsrat begutachtet Berufsakademien

*Berufsakademien
gleichwertig mit
Fachhochschulen,
Fachhochschulen
gleichwertig mit
Universitäten,
Universitäten
gleichwertig mit
Berufsakademien?*

Text:
Professor Günther Edler
Büschgensstraße 24
41239 Mönchengladbach



Sind zwei Größen einer Dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich. Wer erinnert sich nicht dieses Lehrsatzes aus seiner Schulzeit? Was gilt nun, nachdem der Wissenschaftsrat seine Formel von der Gleichwertigkeit aber Andersartigkeit der Fachhochschulen im Verhältnis zu den Universitäten nicht revidiert, den baden-württembergischen Berufsakademien aber bestätigt hat, in der Vermittlung von Berufsqualifikationen mit den Fachhochschulen gleichwertig zu sein?

Zwei Mitglieder des Wissenschaftsrates gelten als Vertreter der Fachhochschulen: Es sind die Rektoren *Harder* (FH Konstanz) und *Schulte* (früher Rektor FH Münster, jetzt Gründungsrektor FH Gelsenkirchen). Es mag zufällig gewesen sein, daß beide der 47. und vorletzten Plenarversammlung der FRK (25.-27. April 1994) ferngeblieben sind. Das dritte FH-Mitglied aus der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates, Professor Dr. *E. Mielnhausen* (Rektor der FH Osnabrück) konnte der FRK interessante Einblicke in die Arbeit des Wissenschaftsrates vermitteln. Der Wissenschaftsrat, dessen Namen sich für die Tugenden der Wissenschaft, Objektivität und Unbestechlichkeit der Ergebnisse zu verbürgen scheint, ist tatsächlich ein bildungs- und wissenschaftspolitisches Instrument von Bund und Ländern sowie maßgeblicher Interessenvertreter des Wissenschaftsbetriebs.

Es ist festzustellen, daß sich diejenigen Kräfte des Wissenschaftsrates mit der inzwischen veröffentlichten Endfassung der Stellungnahme durchsetzen, die mit den Berufsakademien eine dritte Säule tertiärer Berufsausbildung neben denen der Universitäten und Fachhochschulen bundesweit etablieren wollen.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 20. Mai beschlossen; der Vorsitzende des Wissenschaftsrates präsentierte sie am 26. Mai der Presse; die VDI-Nachrich-

ten wußten aber bereits über einen Monat vorher aus "einem internen Gutachten", daß die Berufsakademien "so gut wie die Fachhochschulen" sind.¹⁾

Die Meldung stammt aus Berlin; und aus diesem Bundesland kommen über den Wissenschaftssenator Professor Dr. *Erhardt* die kräftigsten Impulse zur bundesweiten Ausdehnung der Berufsakademien nach baden-württembergischem Muster. Die Frage, wie es möglich war, daß die Presse bereits vor Verabschiedung über die Stellungnahme informiert war, wurde gestellt, bedurfte aber wohl keiner Antwort.

Unmittelbar betroffen von der Stellungnahme sind die Fachhochschulen des Landes Baden-Württemberg sowie der Länder, die Berufsakademien nach dem baden-württembergischen Muster einrichten (Berlin und Sachsen) oder in denen zumindest die BA-Abschlüsse rechtlich denen der Fachhochschulen gleichgestellt werden sollen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt). Die Finanzierung des vom Wissenschaftsrates empfohlenen Ausbaus der Berufsakademien (Laboratorien, Bibliotheken, Lehrkörper) wird nach *Dietmar von Hoyningen-Huene*, Rektor der FHT Mannheim, zu Lasten der Hochschulen des Landes gehen. Die Befürchtungen, die die Arbeit des Wissenschaftsrates begleiteten, wurden durch den Wortlaut der Stellungnahme übertroffen; die Berufsakademien werden nun offenbar auch für SPD-regierte Länder "interessant". Es wurde angemerkt, das festgestellte Ergebnis entspreche nicht den Beratungen der Arbeitsgruppe: Alle Passagen über die bildungspolitischen Konsequenzen aus der Existenz der Berufsakademien wurden zurückgestellt, das Defizit unerreichter europäischer Anerkennung blieb ausgeklammert; möglicherweise richtet der Wissenschaftsrat dafür eine weitere Arbeitsgruppe ein.

Die Arbeit des Wissenschaftsrates wurde auf das vom Auftraggeber (dem Land Baden-Württemberg) favorisierte Ergebnis ausgerichtet: Die Gesprächspartner aus der Wirtschaft kamen ausschließlich aus den Großunternehmen (Bosch, Mercedes, Siemens), die sich für Berufsakademien engagiert haben - kleine und mittelgroße Unternehmen blieben ausgeklammert, obwohl diese das Gros der Ausbildungsplätze stellen. Überdies wurde die positive

Haltung des Hauses Siemens zur BA-Ausbildungsrichtung Wirtschaft auf die BA-Ingenieurausbildung extrapoliert, obwohl der Nachwuchs an Ingenieuren aus den Universitäten und Fachhochschulen bezogen wird. Zieht man weiter in Betracht, daß die auf die Ausbildungsbereiche Sozialwesen, Technik und Wirtschaft aufgeteilte Arbeitsgruppe nur zwei Studienakademien und eine Auswahl ausbildender Betriebe besuchte, den Studiengang Wirtschaft und Fachhochschulen aber überhaupt gemieden hat, dann ist hinter die Bitte des Landes Baden-Württemberg an den Wissenschaftsrat ("im üblichen Verfahren die dortigen Berufsakademien vorurteilsfrei und sachverständig" zu analysieren, zu bewerten und Empfehlungen auszuarbeiten²⁾ ein dickes Fragezeichen zu setzen.

Informationen über die Berufsakademien (Typ BaWü)

BA-, FH- und UNI-Absolventen

Nichtsdestoweniger gibt das Papier des Wissenschaftsrates eine Menge interessanter Informationen über die baden-württembergischen Berufsakademien und belegt eindrucksvoll den hohen quantitativen Anteil, den die Berufsakademien bereits erreicht haben. Die bereits im Jahre 1992 in dieser Zeitschrift geäußerte Befürchtung, die Fachhochschulen würden durch Universitäten auf der einen und Berufsakademien auf der anderen Seite in die Zange genommen, ist damit belegt.³⁾ Der Anteil der Fachhochschulen an den Absolventen des Ausbildungsbereiches Technik (Maschinenbau und Elektrotechnik) hat sich von 76,7 v.H. (1980) auf 61,0 v.H. (1990) verringert. Der Ausbildungsanteil der Berufsakademien im Ausbildungsbereich Wirtschaft erreichte 1990 beachtliche 45,3 v.H.; die Fachhochschulen wurden mit 29,0 v.H. und die Universitäten mit 25,7 v.H. auf die Plätze verwiesen. Im Jahre 1980 noch waren die Universitäten mit 49,1 v.H. Spitzenreiter, gefolgt von den Fachhochschulen mit 35,2 v.H. und den Berufsakademien mit 15,7 v.H. (vgl. Tabelle 1).

Konjunkturabhängige Studienanfängerzahlen

Die Zahl der Studienanfänger hat sich in Baden-Württemberg bis

zum Jahr 1991 auf 4313 kontinuierlich gesteigert; seither sank die Zahl der Studienanfänger auf 3.374 im Jahr 1993. Insbesondere bei dem Rückgang der BA-Studienanfängerzahlen im Ausbildungsbereich Technik [von 1082 (1991/92) auf 577 (1993/94)] spiegelt sich die Konjunkturabhängigkeit dieser Ausbildungsart. An den Fachhochschulen hingegen gab es zwar einen entsprechenden Bewerbrückgang; die Zahl der Studienanfänger an Fachhochschulen blieb stabil, weil die Bewerberzahlen immer noch deutlich über den Zulassungszahlen liegen. Es ist interessant, daß der Wissenschaftsrat diesen Aspekt zwar registriert, aber in seiner bildungspolitischen Bedeutung unkommentiert läßt. Der Wissenschaftsrat akzeptiert damit die Hochschulen als konjunkturabhängiges Überlaufgefäß für diejenigen Abiturienten, die sich einen Ausbildungsplatz an Berufsakademien wünschen, aber nicht erhalten.

Studienanfänger aus anderen Bundesländern

Interessant ist weiterhin die relativ hohe Zahl der Studienanfänger aus den Nachbarländern Hessen (292), Rheinland-Pfalz (253) und Bayern (248) sowie aus Nordrhein-Westfalen (über 200) - insgesamt 1258 Anfänger (von 3874) des Jahres 1992 hatten das Abitur außerhalb Baden-Württembergs erworben.

Geringe Abbrecherquoten

Mit den hohen Absolventen- und damit geringen Abbrecherquoten sind die Berufsakademien ohne Zweifel der Bildungspolitikers liebstes Kind. Das Papier des Wissenschaftsrates nennt die Zahlen dreier Jahrgänge (1987, 1988 und 1989) und kommt hier zu Erfolgsquoten zwischen 88,0 (Wirtschaft, 1987) und 92,8 % (Technik, 1989). Entsprechend hohe Erfolgsquoten wären auch von Hochschulen erreichbar, würden die Studierenden auskömmlich gefördert und müßten an Lehr- und Praxisveranstaltungen - wie bei den Berufsakademien - teilnehmen. Merkwürdig, daß der Wissenschaftsrat diese Überlegung nicht angestellt hat.

Verbleib der Absolventen

Über den längerfristigen Verbleib der Absolventen gibt es keine repräsentativen statistischen Informationen. Der Wissenschaftsrat war hier auf die Befragungen angewiesen, die an den Berufsakademien unmittelbar nach der Abschlußprüfung durchgeführt werden. Die aus nicht-repräsentativen Informationen abgeleitete Schlußfolgerung, die berufliche Mobilität der BA-Absolventen unterscheidet sich nicht von der Mobilität der FH-Absolventen vergleichbarer Studiengänge, ist insofern ungesichert.

Der hohe Anteil der Absolventen, die im Anschluß an ihre Ausbildung im Ausbildungsbetrieb verbleiben,

Tabelle 1

Anteil der Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten an der Ausbildung von Sozialpädagogen, Ingenieuren und Betriebswirten in Baden-Württemberg

Ausbildungsbereich	Jahr	BA	FH	Uni	Summe
Sozialwesen	1980	18,3	81,7	0,0	100
	1985	28,5	71,5	0,0	100
	1990	26,3	73,7	0,0	100
Technik	1980	4,4	76,7	18,9	100
	1985	8,2	67,4	24,4	100
	1990	14,2	61,0	24,8	100
Wirtschaft	1980	15,7	35,2	49,1	100
	1985	28,9	38,3	32,8	100
	1990	45,3	29,0	25,7	100

entspräche dem Konzept der Berufsakademie, berufsfertige (!) Absolventen auszubilden, die ohne Einarbeitungszeit unmittelbar (!) im Ausbildungsbetrieb eingesetzt werden können - so heißt es. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung sei die Übernahmequote in den letzten drei Jahren allerdings von fast zwei Drittel auf 54 v.H. zurückgegangen (Tabelle 2). Setzt sich diese Entwicklung fort, so dürfte die Berufsakademie einen Teil ihrer Attraktivität einbüßen, nämlich nicht nur eine auskömmlich bezahlte Ausbildung, sondern sofort anschließend auch einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten. Die Konjunkturabhängigkeit der BA-Ausbildung schlägt sich also nicht nur in der Zahl der seitens der Arbeitgeber angebotenen Ausbildungsplätze, sondern auch in der Übernahmequote nieder.

Interessant ist auch die Feststellung des Wissenschaftsrates, daß ein kleiner, aber wachsender Prozentsatz der Absolventen ein Hochschulstudium aufnimmt - meist an der Universität. Hier besteht offenbar eine Wechselwirkung zur abnehmenden Bereitschaft der Unternehmen, den Absolventen einen Arbeitsplatz anzubieten.

Nicht repräsentativ, aber plausibel ist das Ergebnis einer Umfrage, wonach die Absolventen zunächst als qualifizierte Sachbearbeiter eingestellt werden; das Qualifikationsprofil der Arbeitsplätze sei aber unterschiedlich: Mehr als die Hälfte der Absolventen des Ausbildungsberichts Wirtschaft würde auf Arbeits-

plätzen eingesetzt, die früher von Mitarbeitern mit abgeschlossener Berufsausbildung besetzt waren. Jeder zweite BA-Ingenieur hingegen besetze einen Arbeitsplatz, den vor dem ein FH-Ingenieur einnahm. Führungspositionen würden von vielen nach drei- bis fünfjähriger Berufstätigkeit erreicht.

Beteiligte Ausbildungsstätten

Eine echte Überraschung ist die hohe Zahl der beteiligten Ausbildungsbetriebe: Im Jahr 1993 haben sich insgesamt 4493 Betriebe an der BA-Ausbildung beteiligt. Diese hohe Zahl beruht allerdings zum Teil auf Doppelzählungen, wenn nämlich Betriebe sowohl Betriebswirte wie auch Ingenieure ausbilden. Auch der hohe Anteil der kleineren Betriebe (bis 200 Mitarbeiter), die insgesamt auf einen Anteil von etwa 50 v.H. aller Studierenden kommen, überrascht. Nicht alle Betriebe nehmen jährlich auf.

Nicht alle teilnehmenden Betriebe befinden sich in Baden-Württemberg - zwischen 20 und 25 v.H. der Ausbildungsbetriebe sind überwiegend in den Nachbarländern Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz angesiedelt. Bemerkenswert ist, daß der Wissenschaftsrat nur das Problem mangelnder Betreuung der Studierenden durch die Lehrenden der Studienakademie in weit entfernten Betrieben angesprochen hat, nicht aber weitere aus der ggf. weiten räumlichen Trennung von praktischer und theoretischer Ausbil-

dung für die Studierenden entstehenden Probleme.

Das Personal der Berufsakademien

Die Berufsakademien beschäftigen hauptberufliche Dozenten und nebenberuflich tätige Lehrbeauftragte. Im Studienjahr 1992/93 wurden nur 18,7 v.H. der Unterrichtsstunden von hauptberuflichen Professoren erbracht - bei einer Zielvorstellung von 40 v.H. Die Berufsakademien werden also überwiegend von Lehrbeauftragten aus der Berufspraxis (Anteil 46,1 v.H.), aus Universitäten (10,7v.H.), Fachhochschulen (12,1) und Schulen (12,4) betrieben.

Ein hoher Anteil der Berufspraktiker ist gewollt - das ist ein Strukturmerkmal der Berufsakademien. Ein für das finanzierenden Land günstiger Aspekt ist, daß Lehrbeauftragte erheblich billiger zu haben sind als hauptamtliches Personal. Um diese tragende Säule zu sichern, dürfen die Berufsakademien auch höhere Vergütungen zahlen als die Fachhochschulen, nämlich bis zu DM 78,20 je Unterrichtsstunde für immerhin 10 v.H. des Gesamtvolmens.

Informationen über die hauptamtlichen Lehrenden, die zu Professoren ernannt werden, müssen aus verschiedenen Abschnitten der Stellungnahme des Wissenschaftsrates gesammelt werden, sofern sie überhaupt enthalten sind. Bemerkenswert immerhin ist, daß die Vergütung des hauptamtlichen Personals kein Thema für den Wissenschafts-

rat war.⁴⁾ Die Professoren sind Laufbahnbeamte in Besoldungsgruppe A 14+Zulage (Unterrichtsdeputat 576 Stunden/Jahr) und können zum Fachleiter (A 15 + Zulage, 288 Stunden/Jahr), Ausbildungsbereichsleiter (A 15 + Zulage), stellvertretenden Direktor (A 16) bis zum Direktor einer Berufsakademie (B 2) aufsteigen. Hinsichtlich der Vergütung des Lehrpersonals sind die Berufsakademien also den Fachhochschulen gleichwertig. Die Anforderung

Tabelle 2

Verbleib der Absolventen der Berufsakademien Baden-Württemberg

Absolventenjahrgang	1985		1991		1992		1993	
	absolut	in %						
Absolventen insgesamt	1161	100	2997	100	3397	100	3578	100
davon mit Ausbildungsplatz im Ausbildungsunternehmen	770	66,3	1877	62,6	2029	59,7	1942	54,3
in einer anderen Firma								
-obwohl Übernahme möglich	97	8,3	385	12,8	418	12,3	295	8,2
-keine Übernahme möglich	153	13,2	315	10,5	300	8,8	446	12,5
noch ohne Arbeitsplatz	65	5,6	133	4,4	219	6,4	459	12,8
Studium an einer Hochschule	27	2,3	163	5,4	242	7,1	279	7,8
sonstiges (Wehrdienst und ohne Angaben)	49	4,3	124	4,1	189	5,6	157	4,4

rungen an die Qualifikation der BA-Professoren entsprechen den Qualifikationsvoraussetzungen für die Berufung von Professoren an Fachhochschulen. Neben einem Hochschulstudium würden in der Regel Promotion und fünf Jahre Berufserfahrung (davon mindestens die Hälfte außerhalb von Hochschulen) verlangt - allerdings sei diesen "formalen" Anforderungen nicht immer konsequent gefolgt worden. Der Wissenschaftsrat erwähnt nicht, daß nach dem Wortlaut der Einstellungsbedingungen für Professoren an Fachhochschulen besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden gefordert werden und nicht nur eine fünfjährige "Berufserfahrung", während es entsprechende gesetzliche Vorschriften für den "Lehrkörper" im Berufsakademiegesez nicht gibt.

Die Aufgaben der Professoren sind schulisch geprägt: Sie vermitteln eine wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung⁵⁾. Dies geschieht auf der Grundlage verbindlicher Studienpläne, die von den zuständigen Gremien unter Mitwirkung der Vertreter der Berufspraxis entwickelt werden. Die Berufsakademien, also auch ihre Professorinnen und Professoren, haben keinen darüber hinaus gehenden Auftrag - weder Weiterbildung, geschweige denn anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung. Von Lehre im akademischen Sinne kann also kaum gesprochen werden.

Die Studienakademien sind nicht-rechtsfähige Anstalten des Landes und unterstehen der Aufsicht des Wissenschaftsministeriums. Sie sind nach dem Direktorialprinzip organisiert (Der Direktor leitet und vertritt die BA und wird von einem ständigen Vertreter unterstützt). Die Professoren "beraten" den Direktor in fachlichen und organisatorischen Angelegenheiten.

Resümee

Die Kulturhoheit der nunmehr 16 Bundesländer begünstigt die Diversifikation der tertiären Bildung. Ausgehend von Baden-Württemberg ist mit den Berufsakademien ein neuer Typus entstanden, der allerdings noch nicht flächendeckend verbreitet ist. Ohne Ausbreitung auf weitere Bundesländer wird das Ziel der bundesweiten Anerkennung die-

ser Abschlüsse als gleichwertig (im Verhältnis zu den Fachhochschulen) nicht gelingen. Diesem Ziel soll die Stellungnahme des Wissenschaftsrates dienen; das hatten die Auftraggeber im Lande Baden-Württemberg im Sinn.

Angesichts des zögerlichen Ausbaus der Fachhochschulen und der Überlast an allen Hochschulen erscheint der Ausbau der Berufsakademien als Ausweg, der zudem die öffentlichen Haushalte je Auszubildenden/Studierenden noch geringer belastet als die Fachhochschulen. Die staatliche Studienförderung (BAföG) wird durch eine Ausbildungsvergütung ersetzt, und für die nebenberuflichen Lehrbeauftragten werden Vergütungen gezahlt, die unter den anteiligen Vollkosten liegen.

Die Fachhochschulen könnten sich zurücklehnen, wären sie nicht involviert: Zunächst entziehen die Berufsakademien den Fachhochschulen Praxissemesterstellen nicht nur in wenigen großen, sondern vor allem in mittelständischen Unternehmen. Bedeutsamer ist der Einfluß auf die Entwicklung der Fachhochschulen selbst: Die Berufsakademien entstanden, als Kritiker den Fachhochschulen unterstellten, sich von der bewährten anwendungsbezogenen Ausbildung zu entfernen, und die Unternehmen argwöhnten, die Fachhochschulen könnten oder wollten sie nicht mehr mit "berufsfertigen" Absolventen bedienen. Sie meinten, nur eine Mitbestimmung der Praxis über die Inhalte und Ziele eines Studiums könne dies verhindern.

Daß die Berufsakademien dieser Interessenlage voll entsprechen, hat der Wissenschaftsrat bestätigt. Er fragte in seiner Stellungnahme abschließend, "ob die angestrebte Differenzierung des Studienangebotes eigenständige Einrichtungen in Form von Berufsakademien oder von 'dualen Fachhochschulen' erfordert oder ob diese Studiengänge von den bestehenden Fachhochschulen angeboten werden könnten". Der Begriff "duale Fachhochschule" wurde nicht definiert, ihm dürften aber sowohl die Fachhochschulen des Bundes und der Länder für die Ausbildung des Nachwuchses für den öffentlichen Dienst wie auch private Fachhochschulen entsprechen, die nach dem Muster der Berufsakademien ausbilden.

Wollen die staatlichen (öffentlichen) Fachhochschulen der bundes-

weiten Entwicklung von Berufsakademien oder "dualer Fachhochschulen" entgegenwirken, so müssen sie die vom Wissenschaftsrat angebotene Alternative aufgreifen, selbst "duale" Studiengänge anzubieten. Das wiederum bedeutet, die uneingeschränkte Verantwortlichkeit für derartige Studienangebote aufzugeben und der aufnehmenden Wirtschaft Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen. Die FRK hat erste Schritte in diese Richtung getan.

Ob eine solche Entwicklung dem Ziel der Fachhochschulen, im Verhältnis zu den Universitäten nicht nur andersartig zu bleiben, sondern auch gleichwertig zu werden, dienlich ist? Es ist eher zu argwöhnen, daß der Spruch des Wissenschaftsrates, die Berufsakademien in Baden-Württemberg seien hinsichtlich der vermittelten beruflichen Qualifikationen den Fachhochschulen gleichwertig, weitere Hindernisse aufrichtet. Die Universitäten haben sicherlich nichts gegen die bundesweite Ausbreitung der Berufsakademien - sie werden aber jegliche Ansprüche auf Gleichwertigkeit - auch die der vermittelten beruflichen Qualifikation - weit von sich weisen. Der Wissenschaftsrat hat die Möglichkeit des Zugangs von BA-Absolventen zur Promotion unter den gleichen Bedingungen wie für Absolventen der Fachhochschulen angedacht, aber vor den möglichen Folgen für die Ausbildung an den Studienakademien gewarnt. Jede weitere Annäherung der staatlichen Fachhochschulen an die Berufsakademien durch echte duale Angebote, aber auch die Feststellung irgendwelcher Gleichwertigkeiten werden die Distanz zwischen Fachhochschulen und Universitäten vergrößern, das heißt die Durchlässigkeit beeinträchtigen. Die Fachhochschulen - insbesondere die des Landes Baden-Württemberg - sind die Geschädigten der Stellungnahme des Wissenschaftsrates. Ob dies vom auftraggebenden Land und vom Wissenschaftsrat bedacht wurde?

1) Manfred Ronzheimer, So gut wie die Fachhochschulen, VDI-Nachrichten Nr. 16, 22.04.1994, Seite 16

2) Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den Berufsakademien Baden-Württemberg, Drs. 1570/94 vom 20.5.1994, Seite 4

3) Leitartikel "FH in die Zange genommen?", DNH 2/1992, Seite 3

4) Die Leser der DNH wurden unter dem Stichwort "Berufsakademien" in Heft 6/1992, S. 24 f. informiert.

5) Berufsakademiegesez (BAG) BaWü, § 1 Abs. 1

USA erkennen Berufsakademie nicht an

(VDI nachrichten vom 1.7.1994)
Infolge des ungünstigen Stellenmarktes werden manche Ingenieure versuchen, eine Anstellung im Ausland zu bekommen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden dann Absolventen von Berufsakademien (BA) feststellen müssen, daß ihre Examen, zumindest in den USA und Kanada, nicht anerkannt werden.

Die verschiedenen State Board of Engineering Examiners verlangen für die Zulassung zum Professional Engineer (P.E.) Examen eine mindestens 4jährige Studienzeit an einer vom Board anerkannten Hochschule oder Universität.

Gerd M. Westhoff
Dipl.-Ing., Sarasota, Florida, USA

Ziele und Konzeption der Berufsakademie Baden-Württemberg

Kerngedanke: Übertragung des dualen Systems der Berufsausbildung auf den Tertiären Bereich.

Ziel: Praxisnahe Ausbildung berufsfertiger Absolventen; Vermittlung überfachlicher Schlüsselqualifikationen (Teamfähigkeit, soziale Kompetenz) durch die betriebliche Sozialisation.

Zentrale Strukturmerkmale:

1. **Dreijährige Ausbildung im Wechsel** an der staatlich finanzierten Staatlichen Studienakademie und in den Ausbildungsbetrieben; förmliche Beschäftigung und Finanzierung der Auszubildenden/Studierenden von den Ausbildungsbetrieben während der gesamten Ausbildungsdauer.¹⁾

2. **Zulassungsvoraussetzung** ist die allgemeine Hochschulreife. Es geht voraus ein in der Regel dreimonatiges Praktikum. Auswahl der Studienanfänger ausschließlich durch die Ausbildungsbetriebe; diese bestimmen damit die Jahrgangsstärke der Studienanfänger.

3. **Balance zwischen Praxisnähe und Wissenschaftsbezug** durch die Differenzierung des Lehrkörpers: Neben dem hauptamtlichen Personal (Professoren) überwiegen nebenberuflich tätige Lehrbeauftragte aus der beruflichen Praxis, den Universitäten und Fachhochschulen sowie den Schulen.²⁾

4. **Dualität der Lernorte:** turnusmäßiger Wechsel von praktischen Ausbildungsphasen und Studium an der Studienakademie. In jedem Studienhalbjahr gibt es eine 12wöchige Theoriephase (wöchentlicher Stundenumfang 32-34 Stunden) und eine 12wöchige Praxisphase. Gewährleistung der Verzahnung von Theorie und Praxis durch aufeinander abgestimmte Studien- und Ausbildungspläne; diese für alle Berufsakademien verbindlichen Curricula und

Studienpläne werden von paritätisch besetzten³⁾ Fachkommissionen aufgestellt.

5. **Gleichberechtigte Mitwirkung des dualen Partners** an der Konzeption der Ausbildungsziele und -inhalte in den gemeinsamen Organen und Gremien der Berufsakademien (Kuratorium, Fachkommissionen sowie die Koordinierungsausschüsse). Regelmäßige Aktualisierung der Curricula.

6. **Gestufte Abschlüsse:** Nach zweijähriger Ausbildung ist die Möglichkeit gegeben, als Assistent (Wirtschaftsassistent (BA), Ingenieurassistent (BA), Erzieher (BA)) in die Praxis zu wechseln. Nach einem weiteren Jahr Abschluß der Ausbildung zum Diplom-Ingenieur (BA), Diplom-Betriebswirt (BA) oder Diplom-Sozialpädagoge (BA).

7. **Prüfungen:** Beide Prüfungen bestehen aus einem praxisbezogenen und einem theoriebezogenen Prüfungsteil. Die vier- bis achtstündige praxisbezogene Prüfungsarbeit wird unter Klausurbedingungen erbracht. Zur theoriebezogenen Prüfung gehören mündliche Fachprüfungen von 20 bis 35 Minuten Dauer und eine Diplomarbeit (Bearbeitungszeit 3 Monate).

1) Brutto-Ausbildungsvergütung für Verträge zum 1.10.92 im Sozialwesen DM 975,39; DM 1052,48; DM 1123,23 im 1., 2. und 3. Ausbildungsjahr. Es kann, sofern tariflich möglich, eine auf 70 v.H. dieser Beträge verringerte Vergütung vereinbart werden. In Technik und Wirtschaft ist die Vergütung abhängig von Branche und Tarifgebiet. Als Durchschnittssätze nennt der Wissenschaftsrat unter Berufung auf das Land folgende Bruttovergütungen: DM 850,00 bis DM 1000,00 (im ersten Jahr), DM 1200,00 bis DM 1300,00 (im zweiten Jahr), DM 1500,00 bis DM 1800,00 (im dritten Jahr).

2) Der Anteil des hauptberuflich erbrachten Unterrichts betrug 1992/93 18,7 v.H.. Von dem nebenberuflich erbrachten Unterricht von 81,3 v.H. entfielen auf die Berufspraxis 46,1 v.H., die Universitäten 10,7 v.H., die Fachhochschulen 12,1 v.H. und Schulen 12,4 v.H.

3) Sachverständige aus Hochschulen und Studienakademien als Vertreter des Landes und Vertreter der jeweiligen Ausbildungsstätten



Seit 20 Jahren Fernost-Erfahrung
Preiswerte Flüge mit Liniengesellschaften

Fernost-Flug-Service GmbH



Tübinger Straße 13-15
7000 Stuttgart 1 / Germany
Telefon (07 11) 6 40 25 10
und 60 29 67
Fax (07 11) 6 40 33 10
Telex 7 23 163 FOF d

**Ihr Spezialist für
Fernflüge in alle Welt**

Lassen Sie sich durch Fachleute beraten,
auch wenn Sie nicht gleich buchen wollen.

Unser Service:
Keine Gebühren bei Umbuchungen vor
Ticketausstellung. Keine Anzahlung.

FACHHOCHSCHULE OSNABRÜCK -Fachbereich Wirtschaft- Prof. Dr. Wolfgang Graurock		UNTERNEHMENSSPIEL PLANSPIEL OSNABRÜCK PLANOS Z E I T P L A N L A U F N R. 26 Blockwoche Sommersemester 1994 2. Mai 1994 - 6. Mai 1994				Spielort: FH OSNABRÜCK Spiel-Assistenz: Heike Balzer, Hans Joachim Oppermann Teilnehmer: 21 Studierende
Dat. ZEIT	Montag 02.05.94	Dienstag 03.05.94	Mittwoch 04.05.94	Donnerstag 05.05.94	Freitag 06.05.94	
				8:30-8:45 PLEN 8 RÜCK 6 8:45		
9:00	9:00 PLEN 1 Eingangsbesprechung	9:00 PLEN 2 9:30 RÜCK 1	9:00-9:15 PLEN 5 RÜCK 3 9:15	JAHR 7 (60 Min.) 9:45 E7, Z7, R6 9:45 AUSW 7 10:15 RÜCK 7	9:00 PLEN 11 Abschlußbesprechung:	
10:00	- Organisation - Planspielmethodik - Offene Fragen zu PLANOS	JAHR 2 (105 Min.) 9:30	JAHR 4 (75 Min.) 10:30 E4, Z4, R3 10:30 AUSW 4 11:00 RÜCK 4	JAHR 8 (45 Min.) 11:00 E8, Z8, R7 11:00 AUSW 8	-Präsentationen der Unternehmen A,B,C,D einschließlich Erläuterung der Ziele, Vorlage von R 10;	
11:00		11:15 E2,R1 11:15 PLEN 3 AUSW 2 11:45 Ziele	11:00-11:15 PLEN 6 RÜCK 4 11:15	11:30-11:45 PLEN 9 RÜCK 8 11:45	-Präsentation der Spieleitung	
12:00	12:30	12:30	12:30 E5, Z5, R4 12:30 AUSW 5 13:00	JAHR 9 (45 Min.) 12:30 E9, Z9, R8 12:30 AUSW 9 13:00 RÜCK 9 (13:30)	13:00 Ende	
13:00	Mittagspause		Mittagspause			
	13:30	13:30 PLEN 4 14:00 RÜCK 2	13:30 PLEN 7 14:15 RÜCK 5	13:30 JAHR 10 (30 Min.) 14:00 E10, Z10, R9 14:00 PLEN 10 Info zu PLEN 11 AUSW 10, RÜCK 10		
14:00	JAHR 1 (120 Min.)	JAHR 3 (90 Min.) 14:00	JAHR 6 (75 Min.) 14:15	14:45 Vorbereitung von Teams und Spieleitung auf die Abschlußbesprechung (Ende offen)		
15:00	15:30 E 1 15:30 AUSW 1 16:00	15:30 E 3, R 2, Ziele langfristig 15:30 AUSW 3 16:00	15:30 E6, Z6, R5 15:30 AUSW 6 16:00			
16:00						
SL/Unt. Raum:	Spieleitung F119	Unternehmen A F 206	Unternehmen B F 212	Unternehmen C F 014	Unternehmen D F 014	
ERLAUTERUNGEN: PLEN i: Plenumsitzung mit laufender Numerierung (im Raum F014) JAHR i: Planspieljahr i E i : Abgabe des Entscheidungsblattes des i-ten Jahres AUSW i: Auswertung des i-ten Jahres durch die Spieleitung (SL); Pause für die Spielteilnehmer RÜCK i: Rückgabe der Ergebnisse des i-ten Jahres durch die Spieleitung R i : Abgabe der Rechnungslegung des i-ten Jahres Z i : Ziele der Unternehmung des i-ten Jahres A:zeit94						

11587Kb 57% Free Cabs. Cars AG Jahr 7 Monat 3 (Periode 75) 22:28:19

Simulation Information ReWe Management Setup Fenster ?...

Produktion Finanzen Entwickl. Absatz Personal Gebäude

WALK

Entscheidungsbereich Absatz

Produkt

- 1.3
- 1.8
- 1.6 Diesel
- 1.8 i
- 1.1
- Family
- 1.8 i
- 1.6 D
- 2.0 i
- 1.8
- 1.3
- Mini

Produktlebenszyklus City 1.3

Alter 74

Launch/PLZ

PAF/ Preis

Planung

Werbung

Marktübersicht

Produktübersicht

Simulationsdaten

frist Personal	2 Monate
frist Personal	2 Monate
lastung Personal	120%
grenze Anlagen	70%
grenze Gebäude	75%
ngssatz Anlagen	18%
ngssatz Gebäude	4%
lastung Anlagen	100%
lastung Gebäude	100%
Aktie	50 DM
ftsteuersatz	45%
anzahl Modellreihen	30
anzahl Modellvarianten	150
level	Senior Manager
dauer	12 Jahre

Produktion 98%	Prod.-Pers 108%	Kontostand	272.945 TDM	Auslastung:	
Absatz 73%	Vertrieb 95%	Liquiditätsreserve	707.364 TDM	Gebäude Ist	76% Plan 76%
Lager. 2 Tage	F+E 4%	Cash Flow	134.358 TDM	Anlagen Ist	97% Plan 98%
EK-Rent. 33,78%	EKQuote 33,44%	Liquidität 1.Grades	26,39%	Aktienkurs	60
ROI 11,30%	Gebäude 76%	Liquidität 2.Grades	44,42%	Kapitalumschl.	6 Monate
		Liquidität 3.Grades	48,21%	Flottenalter	29,8 Monate
		Innenfinanzierungsgrad	6,66%		
		Anlagendeckungsgrad	31,99%		

IUP - das französische Fachhochschulmodell?

Auf Initiative von Professor Dr. Helmut Grob, Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTWdS), fand Mitte April in der im nördlichen Saarland gelegenen Europäischen Akademie in Otzenhausen eine Konferenz deutscher und französischer Hochschulleiter statt.

Annähernd 100 Präsidenten und Rektoren von französischen Universitäten und deutschen Fachhochschulen nahmen zusammen mit Institutsdirektoren an der Konferenz teil. Diese Konferenz hatte neben dem allgemeinen binationalen Austausch über Fragen der Hochschulausbildung die Verstärkung und Initiierung von Kooperationen zwischen Fachhochschulen und den neu gegründeten IUP (Instituts Universitaires Professionnalisés) zum Ziel. Die IUP sind an den französischen Universitäten angesiedelt. So erklärt sich denn auch die große und weit gefächerte Zahl der Mitveranstalter¹⁾.

Grundvoraussetzung für eine Kooperation zwischen deutschen und französischen Hochschulen sind wechselseitig "Sprachkompetenz und interkulturelle Kompetenz" - Schlagworte, die bei den Einzelvorträgen der Konferenz wiederholt benutzt und definiert wurden.

Zunächst wurden die Fachhochschulen und die IUP in Parallelveranstaltungen den französischen bzw. deutschen Konferenzteilnehmern vorgestellt. Um die deutschen Leser nicht zu langweilen, werden sich die folgenden Ausführungen vorwiegend auf die Beschreibung der IUP beschränken.

Zur Entstehung der IUP

Es scheint sinnvoll, zunächst einen Kurzüberblick über das Hochschulstudium in Frankreich zu geben (vergleiche auch DNH 1/94, Seite 18). Die Hochschulausbildung in Frankreich ist in Zyklen aufgeteilt, die mit der Kurzbezeichnung bac (baccalauréat) + n die Zahl der zugehörigen Studienjahre angibt. Aufgrund der durchlaufenen Zyklen werden jeweils bestimmte Diplome und Titel vergeben (vgl. Bild 1).

Derzeit studieren in Frankreich etwa 1,7 Mio. Studenten, davon rund 1 Mio. an Universitäten, rund 0,4 Mio. außerhalb von Universitäten (einschl. Vorbereitungsklassen) im 1. Zyklus und rund 0,3 Mio. an den Ecoles und Grandes Ecoles. Ein Vergleich zeigt, daß in Frankreich

jeder 35., in Deutschland hingegen nur jeder 42. Einwohner ein Hochschulstudium beginnt.

Generell ist festzustellen, daß das französische Hochschulsystem stark verschult ist. Bei den Grandes Ecoles ist dies noch stärker ausgeprägt als bei den Universitäten. Die Verschulung wird erst mit Beginn des 3. Zyklus gelockert; denn erst hier beginnt die wissenschaftliche Orientierung. Nach jedem Studienjahr ist eine strenge Prüfung zu absolvieren, und das Bestehen dieser Prüfungen berechtigt erst zum Weiterstudium. Es ist nur eine einmalige Wiederholung eines nicht bestandenen Studienjahres möglich.

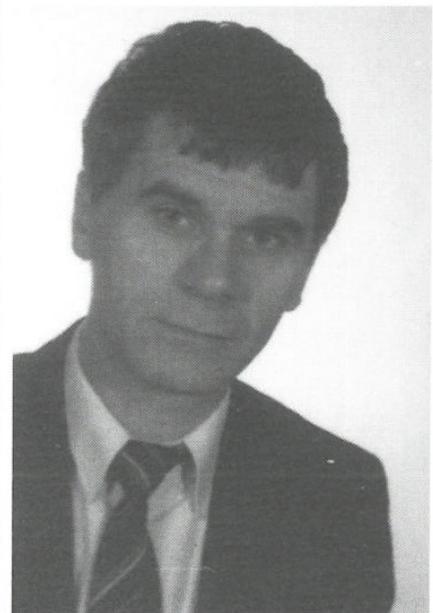
Die Ingenieurausbildung findet vorwiegend in den "Ecoles d'ingénieurs" statt. Darüber hinaus gibt es auch an den Universitäten Ingenieurausbildungsgänge ebenso wie "Ecoles universitaires d'ingénieurs". Eine Besonderheit in der Ingenieurausbildung sind die Neuen Ausbildungsgänge für Ingenieure - "Les Nouvelles formations d'Ingénieurs (NIF)". Dies ist eine Nachqualifizierung vom "Techniker" zum Ingenieur mit einer dazwischen liegenden Berufspraxis von 5 Jahren. Unabhängig von der Ausbildungsinstitution wird das hoch angesehene Ingenieurdiplom von der "Commission des Titres" verliehen.

Nach einer Umfrage der Gruppe EGOR aus dem Jahr 1990 klappt in Frankreich zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Ingenieuren eine deutliche Lücke. Die jährliche Nachfrage nach 25000 Ingenieuren wurde zu diesem Zeitpunkt nur zur Hälfte gedeckt. Zum Vergleich: Die jährliche Nachfrage nach 31000 Ingenieuren befand sich in Deutschland im Gleichgewicht mit dem Angebot an Ingenieuren.

Das Entstehen der IUP - so die hochschulpolitische Diskussion in Frankreich - muß im Lichte vorhandener Defizite im französischen Hochschulsystem gesehen werden, die schlagwortartig durch Begriffe wie Desorientierung, Ineffizienz, Studentenflut etc. beschrieben werden können. Dieses Ausbildungssystem ist weiterhin gekennzeichnet

Frankreich geht neue Wege bei der Stärkung der praxisbezogenen Hochschulausbildung. Bei den neugegründeten universitären IUP haben die deutschen Fachhochschulen Pate gestanden.

Text:
Professor Karl-Heinz Bosman
Kiefernstraße 16a
66129 Saarbrücken



durch einen geringen Bezug zum Berufsleben, einen teilweisen Mangel an Unterrichtsmitteln sowie durch unzureichende Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Allerdings wird die Regelstudienzeit in Frankreich besser eingehalten als in Deutschland.

Bedingungen für die Gründung der IUP

Die IUP - les Instituts Universitaires Professionnalisés - wurden in zwei Vorträgen von Professor Dr. J. Prieur, Direktor des IUP für Banken und Versicherungen, sowie von Professor Dr. J. C. Werrebrock,

Präsident der ADIUP, vorgestellt. Die 1991 noch unter der damaligen, von den Sozialisten geführten französischen Regierung formulierten politischen Vorgaben zur Gründung der IUP lauten verkürzt: Schaffung einer neuen berufsbefähigenden Ausbildung mit dem Abschluß bac + 4 und Orientierung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

Wie die Vortragenden mehrfach betonten, haben bei der Gründung der IUP die deutschen Fachhochschulen Pate gestanden. Obgleich in Frankreich schon seit 30 Jahren berufsorientierte Ausbildungsgänge existieren, wurde dieses Angebot je-

doch als unzureichend erkannt. Das Konzept der IUP ist gekennzeichnet durch die Verbindung von Lehre und Praxis sowie die Verwirklichung eines neuen Pädagogikmodells.

Verbindung von Lehre und Praxis

Die IUP sollen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft eine praxisorientierte Lehre mit folgenden Zielsetzungen vermitteln:

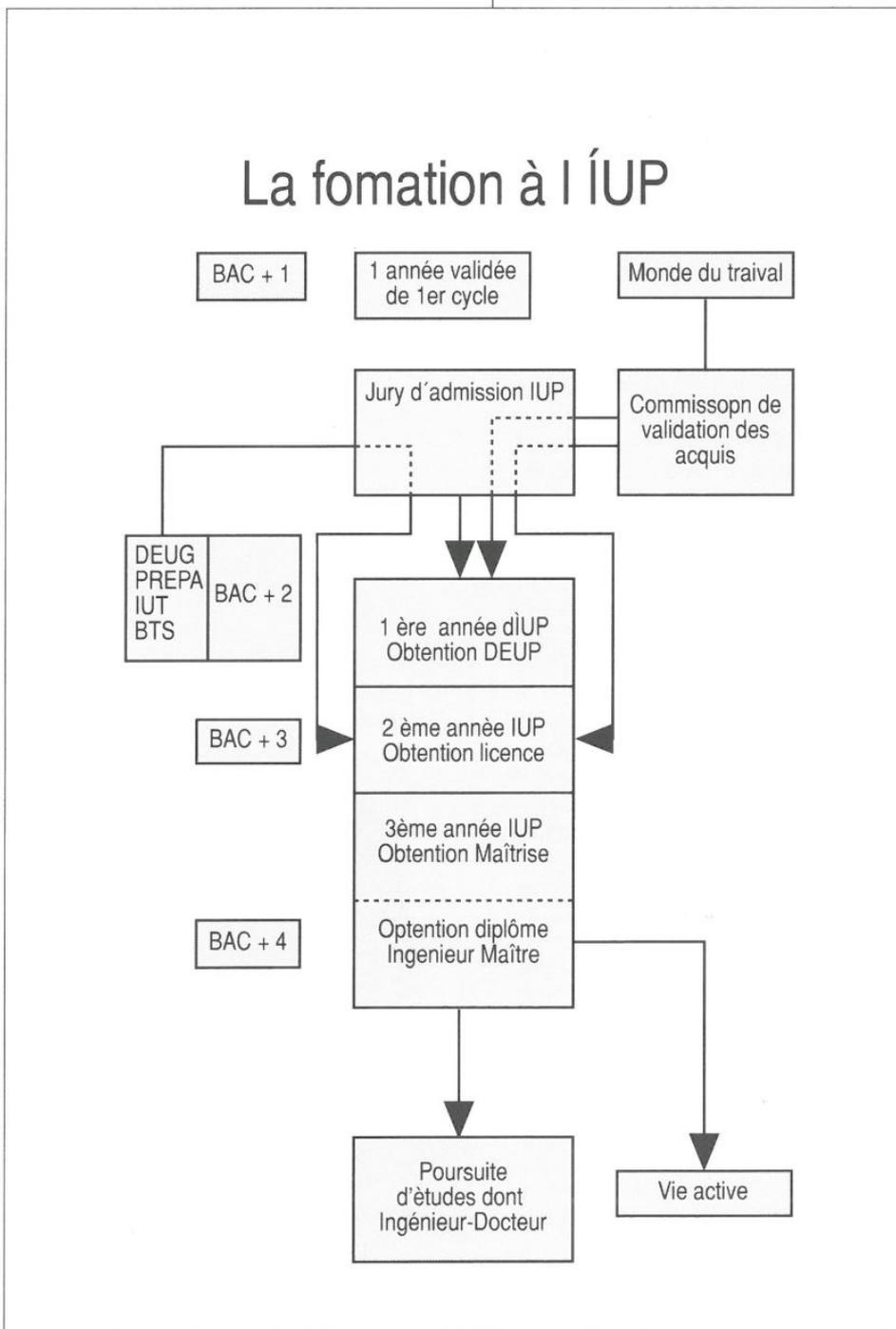
1. Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich verringern
2. Mehr Berufsbezug und Praxisorientierung in der Hochschul-ausbildung
3. Loslösung von nationalen Programmen
4. Integration neuester technischer Entwicklungen in die Studiengänge
5. Weiterverbreitung des Ingenieur-titels "Ingénieur-Maître"
6. Vergleichbarkeit mit dem deutschen und englischen Hochschulsystem

Über Gründung und Fortbestand der IUP wacht eine **nationale** Kommission der IUP zusammen mit dem Bildungsminister. Diese Kommission ist paritätisch mit Vertretern der Wirtschaft und der Universitäten besetzt. Voraussetzung zur Gründung eines IUP ist ein entsprechender Antrag einer Universität. Der Antrag enthält Vorschläge für die Studieninhalte, die dann von einer **regionalen**, wiederum paritätisch besetzten Kommission konkretisiert werden. Die Studieninhalte werden alle 4 Jahre von der nationalen Kommission überprüft.

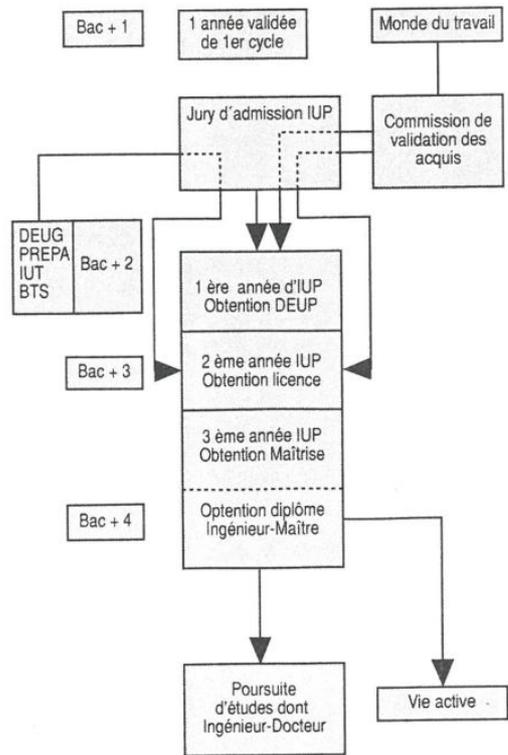
Prüfungskommissionen sind ebenfalls wie der sog. Vervollkommnungsbeirat (Conseil de perfectionnement) paritätisch besetzt. Dem Beirat kommt eine wichtige Steuerungsfunktion für die Studieninhalte zu. Darüber hinaus wird die Ausrichtung der Studieninhalte an den regionalen Bedürfnissen stärker berücksichtigt. Über die Qualifikationen der Wirtschaftsvertreter in den o. g. Gremien wird keine Aussage getroffen.

Eine neue Pädagogik

Mit einer neuen Pädagogik will man den Gegensatz zwischen "akademischer" universitärer und technologischer Ausbildung reduzieren. In Abhängigkeit von der Fachrichtung des IUP soll den Studenten ein solides Allgemeinwissen, u. a. je-



La formation à l'IUP



weils 5,5 Jahreswochenstunden Englisch und Deutsch sowie berufsbefähigende Lehrinhalte zum unmittelbaren Eintritt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Der 3jährige Kurs - beginnend mit bac + 1 - umfaßt

- 1500 (Zeit-)Stunden, zu denen sich Vorlesungen für 2 Fremdsprachen und Kommunikationstechniken addieren,
- eine innovative Pädagogik, die vom "gewußt wie" zum "gewußt warum" überleitet,
- eine 6monatige Praxisphase und
- eine Einführung in die Forschung.

Mit diesem Ansatz hoffen die IUP auch, Rückstände gegenüber dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland aufholen zu können.

Bis heute sind in Frankreich 122 IUP mit 17 Fachrichtungen gegründet worden. Sie verteilen sich fast zur Hälfte auf den industriellen und tertiären Sektor wie Bild 2 zeigt.

Wie sind die IUP organisiert?

Gemäß Verordnung 92-85 vom 23. Januar 1992 sind die IUP Bestandteil der Universitäten. Den IUP wird eine gewisse Autonomie eingeräumt; denn sie verfügen über einen eigenen Haushalt, einen Verwaltungsrat mit Vertretern der wichtigsten Berufsgruppen, einen Lehrkörper und einen Direktor.

Hinsichtlich der IUP-Organisation stehen 4 sehr unterschiedliche Modelle zur Auswahl, z. B. als Fachbereich (UFR, Unité des formation et de recherche). Die Versammlung der Direktoren der IUP befürwortet als Organisationsmodell die Bildung einer Universitätsabteilung - vergleichbar einer deutschen "Fakultät" - mit einer anpassungsfähigen Struktur und einem Verwaltungsrat, der von einem Vertreter der Wirtschaft geleitet wird.

Jeder IUP-Studiengang muß mindestens 100 Studienplätze ausweisen. Zugangsvoraussetzung zum 1. IUP-Jahr ist der erfolgreiche Abschluß des 1. Studienjahres (bac + 1) an der Universität oder einer sog. Vorbereitungsklasse. Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Prüfungsergebnissen sowie nach zusätzlichen Tests und Zulassungsgesprächen. Der Zugang zum 2. IUP-Jahr (Quereinstieg) ist auch einer begrenzten Anzahl von Studenten mit einem Abschluß bac + 2 (z. B. mit den Diplomen DEUG, DUT, BTS) möglich. Die Studiengebühren

Zyklus	Zählschema	Abschluß
1.	bac + 2	DEUG (Diplôme d'études universitaires générales)
2.	bac + 3 bac + 4	LICENCE MAITRISE
3.	bac + 5 bac + 7,8	DEA, DESS Diplôme d'études approfondies bzw. supérieures spécialisées) DOCTORAT

Bild 1 Zyklen und Abschlüsse

liegen zwischen 1200 und 1300 Francs pro Jahr.

Für jedes abgeschlossene Studienjahr wird ein Diplom verliehen

1. Jahr: Diplôme d'Etudes Universitaires Professionnelles
2. Jahr: Licence
3. Jahr: Maîtrise et titre d'Ingénieur-Maître

Die Möglichkeit zu einem Weiterstudium (bac + 5) mit den Abschlüssen nach einem vertieften (DEA), einem spezialisierten (DESS) Studium oder einem Technologieforschungsstudium (DRT) ist gegeben. Der Studienverlauf im IUP ist in Bild 3 dargestellt.

Die berufliche Weiterbildung (Formation Continue) zählt ebenso wie die Kooperation mit den Hochschulen im Ausland zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben der IUP. Strenge Sprachtests der IUP-Bewerber sollen bereits auf den Austausch mit europäischen Hochschulen vor-

bereiten. Z. T. werden schon Auslandsstudienzeiten in das IUP-Studium integriert. In der Kooperation mit deutschen Hochschulen sind nach Einschätzung der Vortragenden noch Anpassungsschwierigkeiten - bedingt durch verschiedenartige Studienabschnitte wie Studienjahr bzw. Semester - zu überwinden.

Die anschließenden Diskussionen mit den deutschen Zuhörern waren aufschlußreich, weil sie sowohl zusätzliche Daten als auch gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu Tage brachten:

- 1994 werden rund 10.000 Absolventen die IUP verlassen
- Offizielle Planzahlen für die Weiterentwicklung der IUP, insbesondere für die kommenden 10 Jahre, konnten nicht genannt werden
- Die IUP sind nicht zentral gesteuert, sie sind deshalb eher

Industrieller Sektor	Tertiärer Sektor
Chemie	Banken, Finanzen, Versicherungen
Bauingenieurwesen	Handel und Vertrieb
Elektrotechnik	
u. industrielle Informatik	Wirtschaft
Umwelt	Transport, Tourismus
Industrielle Systeme	Information und Kommunikation
Materialien	Management
Mathematik und Informatik	Wirtschaftsinformatik
Maschinenbau	Betriebswirtschaft
Gesundheitswesen	

Bild 2 IUP Fachrichtungen

als ein "Mosaik" anzusehen (Heterogenität)

- Es gibt keine Werbung für die IUP durch das (nationale) Bildungsministerium
- Es werden 500 Vorlesungsstunden zusätzlich für Fremdsprachen und Kommunikationstechniken aufgewendet
- Die Lehrenden aus der Industrie werden i. a. als Maître de Conférence (Dozent) eingestuft. Über den Praxisbezug der Hochschullehrer wurden keine Angaben gemacht.
- Die Eignung der Hochschullehrer und der Lehrenden aus der Industrie wird durch eine "Commission des spécialistes" überprüft
- Der Titel "Ingénieur-Maître" wird den IUP-Absolventen durch die einflußreiche "Commission des Titres", in der die Industrie ein starkes Mitspracherecht hat, allerdings noch häufig verweigert

Die aus deutscher Sicht besonders interessierende Frage, ob die IUP den deutschen Fachhochschulen verwandt oder ähnlich sind, kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Die Akzeptanz und Erfolge der ersten IUP-Absolventen in der französischen Wirtschaft werden für die Entwicklung dieses neuen Hochschultyps entscheidend sein. Ausdrücklich festzustellen bleibt, daß man in Frankreich neue Wege zur Verstärkung des Praxisbezugs in der Hochschulausbildung gehen will. Die traditionell starke Theorieüberlastigkeit der Lehrinhalte wird damit teilweise abgebaut.

In Zukunft ließe sich dann vielleicht aufzeigen, ob eher der deutsche Ansatz - Fachhochschulprofessoren mit mindestens 5 Jahren Praxis - oder eher der französische Ansatz - IUP-Professoren und Praktiker aus Industrie und Wirtschaft - größeren Lehrerfolg und Anerkennung in der Wirtschaft erwarten lassen.

Aus der Vielfalt der weiteren Vorträge, die im Rahmen dieser deutsch-französischen Hochschulleitertagung gehalten wurden, sei an dieser Stelle noch auf das von *Helmut Groh* propagierte und in einem Vortrag überzeugend dargestellte "Studium Europaeum" hingewiesen. Dieses 1jährige Studium, das den eigentlichen zweisprachigen Europäischen Studiengängen von 4jähriger Dauer vorgeschaltet werden sollte, wäre an anderer Stelle ausführlich darzustellen.

Die mehr als 15 während der Konferenz initiierten Kooperationen zwischen deutschen Fachhochschulen und französischen IUP sind ein erfolversprechender Beginn und lassen eine wachsende und dauerhafte Zusammenarbeit in der binationalen Hochschulausbildung erwarten.

1) Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Fachhochschulrektorenkonferenz (FRK), Conférence des Présidents d'Université (CPU), Assemblée des Directeurs d'IUP (ADIUP), Collège Franco-Allemand pour l'Enseignement Supérieur (CFAES), Deutsch-Französisches Hochschulkolleg (DFHK)

Technik-Ausbildung anpassen

(DUZ 14/1994) Das Studium technologischer Fächer soll, so der französische Hochschul- und Forschungsminister François Fillon, nicht umfassend reformiert, sondern "angepaßt" werden. Damit soll die Vielfalt der Kursangebote in einen Rahmen gefaßt werden. Nachdem es einer aus Ministerialbeamten sowie Hochschul- und Arbeitgebervertretern gebildeten Arbeitsgruppe neun Monate lang nicht gelungen war, eine gemeinsame Plattform aufzustellen, stellte Fillon seinen Vorschlag jetzt dem Ministerrat vor. Die derzeitige Zahl von etwa 200 000 Studierenden in den Technikfächern, was etwa einem Zehntel der gesamten Studentenschaft Frankreichs entspricht, soll demnach verdoppelt werden. Vom kommenden Oktober an würden sie drei grundsätzliche Studientypen zur Auswahl haben. Zweijährige berufsorientierte Studiengänge sind hauptsächlich auf Bewerber mit "baccalaureat" zugeschnitten, und würden an den "Instituts Universitaires de Technologie" (IUT) und den "Sections de Techniciens Supérieurs" (STS) abgehalten. Ein drittes Studienjahr in Kombination mit betrieblicher Ausbildung soll zum diplôme führen. Die "Instituts Universitaires Professionnalisés (IUP) würden vierjährige "post-bac" - Kurse anbieten. Nach einem Einführungsjahr könnten sich die Studierenden entweder für einen "ingénieur maître" oder für eine klassische naturwissenschaftliche Vertiefung entscheiden. Die reinen ingenieurwissenschaftlichen Hochschulen sollen von den Anpassungen weitgehend unberührt bleiben.

Tagung

Hochschule und Erwartungen der Wirtschaft

Eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Vom 16.-18. September führt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Fulda ihr zwölftes Hochschullehrergespräch durch. Es referieren unter anderem

Dr. Dorothee Wilms, MdB, zu Hochschule und Wirtschaft in europäischer Perspektive

Dr. Norbert Lammert, MdB, zu Hochschule im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik

Positionen zum Thema beziehen:

Professor Dr. Rainer Beedgen, Berufsakademie Mannheim

Professor Dr. Dr. Peter Eisenmann, Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, zum Studium mit vertiefter Praxis

Dr. Bernhard Keller referiert zu Fachhochschulen als Standortfaktor einer Region. Empirische Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen.

Zu Erwartungen der Gesellschaft an die Hochschulen äußert sich *Professor Dr. Joseph Dehler*, Fachhochschule Fulda.

Daneben kommen Vertreter der Universitäten und der Wirtschaft zu Worte.

Interessenten fordern eine Einladung an bei:

Helgard Bartel
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-475

Das Studierverhalten der Studenten hat sich in den letzten drei bis acht Jahren erheblich gewandelt. Der Anteil derjenigen Studenten eines Studienganges, die während des Semesters an den Lehrveranstaltungen teilnehmen, ist in dieser Zeit um etwa 50 v.H. bis 60 v.H. abgesunken. In den ersten und letzten zwei bis drei Wochen des Semesters, in denen die Prüfungen stattfinden, ist der Besuch noch wesentlich geringer, weil sich die Lehrveranstaltungen ständig mit Prüfungen überschneiden. In NW existiert ein Erlaß, nach dem wegen Prüfungen keine Lehrveranstaltungen ausfallen dürfen. Er ignoriert reale Verhältnisse und verhindert eine Prüfungsorganisation, die Prüfungszeiträume und Vorlesungszeiten trennt.

Für jede Prüfung wird mindestens ein Raum benötigt, oft mehrere Räume, um Betrugsversuche zu erschweren. Während der Prüfungen sind die Räume für Lehrveranstaltungen blockiert. Ein Professor, der in einem Raum oder mehreren Räumen Prüfungsaufgaben stellt und selbst Aufsicht führt, kann in dieser Zeit keine Lehrveranstaltung halten. Die Studenten können in der Zeit, in der sie an einer Prüfung teilnehmen, keine Lehrveranstaltungen besuchen. Darüber hinaus besuchen sie auch kurz vor Prüfungen, meist schon einen Tag vor schwierigen Prüfungen und mehrere Stunden danach keine Lehrveranstaltungen.

Daher verzeichnen ich und viele Kollegen in den ersten zwei bis drei Semesterwochen in den stattfindenden Lehrveranstaltungen eine sehr geringe Beteiligung von selten mehr als 30 %, oft auch nur von wenigen Einzelpersonen. Gerade wenn man die grundlegenden Begriffe, Definitionen und Schlußweisen vorstellt und erläutert und sich so bemüht, eine didaktisch und logisch konsequent aufgebaute Lehrveranstaltung zu präsentieren, sind die meisten Studenten nicht anwesend. Es ist dann schon besser, die Veranstaltung fällt ganz aus.

Diejenigen Studenten, die erst in der dritten oder vierten Woche des Semesters in die Veranstaltung einsteigen oder in den ersten Wochen die Veranstaltung nur lückenhaft besuchen, müssen mit erheblichen Verständnisschwierigkeiten kämpfen und können den didaktischen und logischen Aufbau weder erkennen noch beurteilen, sondern bemängeln ihn.

Lehre: Widersprüche des Fachhochschulalltags

Erfahrungen eines Informatikprofessors in Nordrhein-Westfalen

Die Beurteilung von Lehrveranstaltungen sollte deshalb auf solche Studenten beschränkt werden, die wenigstens in der ersten Hälfte oder im ersten Drittel des Semesters eine weitgehend lückenlose Beteiligung an Vorlesungen, Übungen und Praktika der betreffenden Lehrveranstaltung nachweisen können. Für mehrsemestrige Veranstaltungen gilt das sinngemäß. Auch müssen diejenigen ausgeschlossen werden, die regelmäßig bei Doppelstunden nur die erste oder die zweite Hälfte besuchen, weil sie z.B. eine zur gleichen Zeit parallel ablaufende Veranstaltung ebenfalls besuchen.

An den Praktika, bei denen entweder Anwesenheitspflicht besteht oder die Bearbeitung der Aufgaben Pflicht ist, nehmen auch diejenigen Studenten teil, die Vorlesungen und Übungen nicht oder nur sporadisch besuchen. Gelegentlich beschweren sich gerade diese Studenten über unklare oder unvollständige Praktikumsaufgaben. Sie ignorieren, daß die Praktikumsaufgaben durch den Vorlesungsstoff und die Übungen vorbereitet und vorbesprochen werden. Sie verlangen dann eine entsprechend ausführliche Betreuung wie im privaten Nachhilfeunterricht, um die durch Versäumnisse von Vorlesungen und Übungen bestehenden Lücken zu schließen, die sich beim Praktikum offenbaren. Manche Studenten kopieren die verfügbare Software einschließlich der didaktischen Lehr- und Lernsoftware und ziehen die Arbeit zu Hause am eigenen PC dem Laborbetrieb mit Betreuung vor.

Das Begleitmaterial als eine Ursache für das geänderte Studierverhalten

Vor 15 Jahren waren wenige Informatik-Lehrbücher verfügbar. Die Studenten waren auf die Lehrveran-

Geändertes Studierverhalten und landestypische Prüfungsorganisation stellen hohe Anforderungen an Professoren in NW. Angemessene Tutorien sowie verbesserte Arbeitsbedingungen sind Grundvoraussetzungen, um Abbrecherquoten und Studiendauer zu senken.

Text:

Professor Dr. Roland Schneider
Willi-Kettmann-Straße 3
58730 Fröndenberg-Frömer



staltungen zur Wissensvermittlung angewiesen. Heute stehen zu jedem Gebiet mehrere Lehrbücher von verschiedenen Autoren und Verlagen zur Auswahl. Gerade wegen des Fehlens der Lehrbücher wurden schon sehr früh Begleitmaterialien entwickelt, manche entstanden später als Querschnitt aus verschiedenen Lehrbüchern.

Das Begleitmaterial zu den Lehrveranstaltungen ist in den letzten zehn Jahren ständig weiterentwickelt und verbessert worden. Mit den heute verfügbaren Mitteln der PC's und DTP-Systeme wird es didaktisch und drucktechnisch in bester Weise aufbereitet. Aber je besser das Begleitmaterial ist, um so geringer wird die Beteiligung der Studenten an den Lehrveranstaltungen. Kollegen, die aus dem Begleitmaterial schließlich ein ausgereiftes Lehrbuch entwickelt haben, verzeichnen einen besonders starken Hörerrückgang. Es wird ihnen nun vorgeworfen, die Lehrveranstaltung nur nach ihrem Buch zu halten.

Ich selbst habe eine Arbeitsblattsammlung herausgegeben, was zu einem Besucherrückgang in den Vorlesungen geführt hat. Nachdem ich eine Aufgabensammlung herausgegeben hatte, in der alte Übungs- und Prüfungsaufgaben mit Lösungen zusammengestellt waren, ist die Teilnehmerzahl in den Übungen ebenfalls drastisch gesunken und liegt heute unter derjenigen der Vorlesung. Dabei behandle ich in den Übungen überwiegend andere, neue Aufgaben, die sich fast jährlich ändern, und nur in Ausnahmefällen und auf Wunsch der Studenten einzelne Aufgaben aus der Aufgabensammlung.

Tutorien für Studenten zur Verbesserung der Qualität der Lehre

Die Politiker streben an, die Abbrecherquote zu senken und zugleich die durchschnittliche Studiendauer bis zum Diplom zu verringern. Diese beiden Ziele sollen unter anderem mit Tutorien für Studenten erreicht werden.

Normalerweise werden Tutorien nur für die Anfangssemester finanziert, im Rahmen von Sonderprogrammen allgemein aber auch für solche Studenten, die in einzelnen Fächern Schwierigkeiten haben. Anträge, die zum Ziel hatten, die Durchfallquote in höheren Semestern zu verringern und damit **entweder** die Abbrecherquote zu ver-

ringern oder die Studiendauer von solchen Studenten zu verkürzen, die nach mehreren Versuchen doch noch die betreffende Prüfung bestanden, wurden nicht gefördert.

Tutorien sind unter Professoren und Ministerialbürokraten sehr umstritten. Es besteht nämlich eine erhebliche Wechselwirkung zwischen der Studiendauer bis zum Diplom und der Abbrecherquote. Führt man diejenigen Studenten, die vor dem Studienabbruch stehen, durch entsprechende Beratung und Förderung doch noch zum Diplom, reduziert man die Abbrecherquote, die eine statistische Meßgröße für die Qualität der Lehre ist. Da diese Studenten jedoch länger studieren als die anderen, besseren, erhöht sich zugleich die durchschnittliche Studiendauer bis zum Diplom. Die **entscheidenden** anderen statistischen Meßgrößen für die Qualität der Lehre sind aber die durchschnittliche Studiendauer bis zum Diplom **und** die dabei erzielte Durchschnittsnote, die sich aus den geschichteten Gründen ähnlich verschlechtert wie die durchschnittliche Studiendauer bis zum Diplom, weil die potentiellen Abbrecher im allgemeinen schlechtere Noten haben. Die Dekane stehen daher vor der Frage, ob sie wirklich die Abbrecherquote senken sollen, weil sie dadurch im Wettbewerb um die wissenschaftliche Qualität der Lehre letztendlich schlechter abschneiden könnten.

Die Arbeitsbedingungen für Professoren und Studenten

Nach außen hin wird die Fachhochschule in erster Linie für die Lehre, also für Studenten und Professoren betrieben. Tatsächlich trifft dies aber nur eingeschränkt zu. Die Beschäftigten mit Ausnahme der Professoren haben durch ständige Arbeitszeitverkürzungen schon seit einigen Jahren je nach Wochentag um 15.30 Uhr oder um 15.45 Uhr Dienstschaft. Zwangsläufig treten kuriose Zustände ein: Nach Dienstschaft sind Rektor, Prorektoren, Dekane und übrige Professoren ohne Sekretärinnen und ohne Mitarbeiter mit sich und ihren Studenten allein und sitzen in ungeheizten Räumen. Um 15.00 Uhr wird die Heizung abgestellt, dann läuft noch eine gewisse Zeit lang lauwarmes Wasser durch die Heizkörper. Der Rektor hat sich einen elektrischen Zusatzheizkörper in sein Dienstzim-

mer gestellt. Manche Professoren haben die Möglichkeit, in ihrem Labor mehrere Computer zur Wärmeerzeugung zu nutzen. Da wundern sich dann Besucher aus dem Ministerium, daß die Professoren ähnlich wie die Studenten ihr Verhalten an diese Situation angepaßt haben und schon kurz nach der Mittagspause und nach Möglichkeit noch vor ihren Mitarbeitern die Fachhochschule verlassen, um das gemütliche häusliche Arbeitszimmer mit dem eigenen PC anzusteuern, wenn nicht Gremiensitzungen oder Gesprächstermine mit Diplomanden zum längeren Verweilen zwingen.

Steigender Prüfungsanfall

Seit einiger Zeit muß jede Fachprüfungsarbeit von zwei Professoren unabhängig voneinander korrigiert und bewertet werden und das möglichst innerhalb von 4 Wochen. An Fachhochschulen müssen Korrektur und Bewertung allein und vollständig von den Professoren durchgeführt werden, ohne Assistenten und ohne irgendwelche Hilfskräfte. Bei dem heutigen Massenanstieg von Prüfungsarbeiten ist das insbesondere in der Vorlesungszeit am Anfang des Semesters sehr problematisch. Der Massenanstieg ist dabei ständig gestiegen. In meinem Fachbereich betreuten vor 18 Jahren 20 Professoren etwa 400 Studenten in zwei Studiengängen. Heute betreuen 22 Professoren etwa 1000 Studenten in drei Studiengängen. Außerdem stieg der Massenanstieg, weil nichtbestandene Prüfungen, die früher einmal wiederholt werden durften, schon seit längerem zweimal wiederholt werden können und weil darüber hinaus nach dem dritten mißlungenen Versuch eine mündliche Ergänzungsprüfung von 30 Minuten Dauer mit zwei Prüfern die Regel ist.

Die Flut der Prüfungsarbeiten wächst weiter. In Kürze wird der Freischuß eingeführt, d.h. ein erster Versuch zum frühestmöglichen Prüfungstermin, der beim Mißlingen nicht angerechnet wird. Zusätzlich können dann bestandene Prüfungen zur Notenverbesserung einmal wiederholt werden.

Die Zahl derjenigen Studenten, die ohne hinreichende Vorbereitung in die Prüfung gehen und sie deshalb wiederholen, wird sich weiter vergrößern. Es ist anzuzweifeln, ob sich dadurch die Studienzeiten verkürzen, sie werden sich vielmehr verlängern.

Berufsschullehrer

Der Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) macht Front gegen eine Verlagerung der Ausbildung von der Universität an eine Fachhochschule, wie sie derzeit in der Kultusministerkonferenz (KMK) diskutiert wird. Sein Vorsitzender verwies am 21. Juni in Bonn auch auf entsprechende Vorschläge des Wissenschaftsrates (zuletzt in den 10 Thesen, Anm. d. Red.). Eine Verwirklichung dieser Pläne, die vor allem von "finanzpolitisch kurzfristigem Denken geprägt" seien, werde aber längerfristig schwere bildungs- und wirtschaftspolitische Probleme mit sich bringen.

Traditionell werden Diplom-Handelslehrer und Diplom-Gewerbelehrer an Universitäten im Rahmen eines auf acht Semester angelegten Studiums ausgebildet. Dabei erhalten sie nicht nur eine fachbezogene Qualifikation, sondern insbesondere auch das notwendige pädagogische und didaktische Rüstzeug. In Deutschland gibt es rund 80.000 Berufsschullehrer (zum Vergleich: ca. 300.000 Betriebswirte, davon 144.000 mit FH-Diplom, Anm. d. Red.). Überlegungen in der KMK und beim Wissenschaftsrat zielen dahin, den Studentenanteil der Fachhochschulen von derzeit lediglich 27 Prozent auf wenigstens 40 Prozent zu erhöhen.

Der KMK-Präsident, Bayerns Kultusminister *Hans Zehetmair* (CSU), begründete dies in einem dpa-Gespräch am 19. Juni mit dem ungebrochenen Studienandrang. Zu fragen sei beispielsweise, ob nicht zweckmäßigerweise die Berufsschullehrerausbildung an Fachhochschulen verlegt werden könne. **(dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 27.6.94)**

Universität gleich Fachhochschule ?

Die Vorsitzenden der ingenieurwissenschaftlichen Fakultätentage der Universitäten beklagen in einer Stellungnahme vom 27. April 1994 die ihrer Meinung nach zunehmende Nivellierung im Hochschulbereich. Diese wirke sich selbst auf die Hochschullehrer aus. Die Vorsitzenden der Fakultätentage meinen, in vielen Hochschulgesetzen formal fast identische Berufungsvoraussetzungen für Fachhochschulprofessoren und Universitätsprofessoren zu erkennen. Hierdurch drohe der Praxisbezug der Fachhochschulen allmählich verlorenzugehen. Die Industrie reagiere hierauf mit der Einführung eines früher entbehrlichen betont praxisorientierten, zusätzlichen Ausbildungsweges wie der Berufsakademien.

Lammert sei Dank

Der Deutsche Bundestag hat auf seiner Sitzung am 30. Juni in Berlin eine Verschiebung der Gesetzgebungskompetenzen für die Hochschulen auf die Länder abgelehnt und beschlossen, dieses Thema nicht weiter zu verfolgen. Vorausgegangen waren letzte Anstrengungen von Dr. *Norbert Lammert* (CDU), parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Er konnte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag in einer engagiert geführten Debatte für das Beibehalten der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich einstimmen. Damit bestand keine Chance auf eine zweidrittel Mehrheit für die Beschränkung der Bundesrahmenkompeten-

zen für das allgemeine Hochschulwesen auf die Teilbereiche Zulassung zum Studium, Studiengänge, Prüfungen, Hochschulgrade, wissenschaftliches und künstlerisches Personal (Artikel 75 Nr. 1 a GG).

Bildungsetat unterschiedlich bewertet

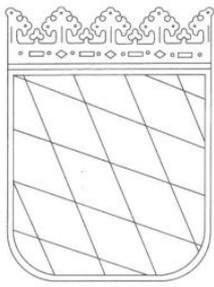
Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft soll nach dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 15. Juli im kommenden Jahr 6,05 Milliarden DM umfassen. Damit liegt er um 1,6 Prozent niedriger als in 1994. Den Rückgang hofft Bundesbildungsminister *Laermann* vor allem durch den reduzierten Finanzbedarf für die BAföG-Förderung auszugleichen. Für die Hochschulsonderprogramme 1 und 2 sowie das Hochschulerneuerungsprogramm für die neuen Bundesländer werden zusammen 472 Millionen DM veranschlagt. Die Mittel für den Hochschulbau steigen um 120 Millionen auf 1,8 Milliarden DM.

Während Bundesminister *Laermann* den Etat als Erfolg wertet, kritisieren die Länder den ihrer Ansicht nach zu geringen Ansatz im Hochschulbau. Sie ließen die Verabschiedung des 24. Rahmenplanes platzen. Auch der Wissenschaftsrat sieht den Hochschulbau als Gemeinschaftsaufgabe in Gefahr. Sein Vorsitzender, *Hoffmann*, rechnet mit einem "unabweislichen" Finanzbedarf von 4,6 Milliarden DM, hälftig von Bund und Ländern zu tragen. Kein neues Vorhaben könne in den 24. Rahmenplan aufgenommen werden, so daß im Hochschulbau Stillstand eintritt. An Prioritätensetzun-

gen zugunsten der neuen Länder und des als dringlich angesehenen Fachhochschulausbaus sei ebenso wenig zu denken wie an neue Vorhaben zur Unterstützung der Lehre und Stärkung der Forschung.

Sozialpädagogik

In der Zeitschrift Sozialpädagogik, Heft 9/94, lesen wir eine Stellungnahme der Kommission für Sozialpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 22. Januar 1993, welcher der Vorstand der DGfE am 1. November 1993 beigetreten ist. Hierin wehrt die DGfE Versuche ab, sozialpädagogische Studiengänge weiter als bisher in den Fachhochschulbereich zu verlagern. Die universitäre Sozialpädagogik unterscheidet sich grundlegend vom Verständnis der Sozialpädagogik in FH-Studiengängen. Sozialpädagogische Berufsgruppen hätten gute Arbeitsmarktchancen in Leitungsfunktionen im kommunalen Bereich und ministerieller Landes- und Bundesebene und vor allem im großen Bereich der Freien Wohlfahrtspflege. Auch für sozialpädagogische Lehre an Fachhochschulen sei eine fachlich einschlägige Promotion als Einstellungsvoraussetzung vorausgesetzt. Auch gäbe es im Unterschied zu anderen Studiengängen eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen an Fachhochschulen. Das vom Wissenschaftsrat vorgeschlagene Verhältnis von universitären zu Fachhochschulstudienplätzen von 60% (Universität) zu 40% (Fachhochschule) sei bereits mehr als realisiert. Ein Umschichtungsbedarf bestehe allenfalls zugunsten der Universitäten.



Bayern

Ausbau, Fächerspektrum, Besoldung, Lehrdeputat

Zur "tragenden zweiten Säule des Hochschulbereichs" haben sich nach Auffassung von Kultusminister *Zehetmair* die Fachhochschulen in Bayern entwickelt. Wie der Minister bei der Delegiertenversammlung des Verbandes der Hochschullehrer an Fachhochschulen (*h/b*-Landesverband) am 10. Juni in Regensburg erklärte, entscheiden sich gegenwärtig 28 Prozent aller jungen Menschen in Bayern, die ein Studium aufnehmen, für die Fachhochschule. Nahziel sei es, den Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen gegenüber jenen an Universitäten auf 35 und ab dem Jahr 2000 auf 40 Prozent zu

erhöhen. Zur Not müßten Verkaufserlöse von staatlichen Firmenbeteiligungen den Ausbau finanzieren. Um die angestrebte Erhöhung des Anteils der FH-Studenten zu erreichen, müsse das Fächerspektrum der Fachhochschulen erweitert werden, "auch in Konkurrenz zum Universitätsbereich". Zu fragen sei etwa, ob zweckmäßigerweise das Lehramt des Berufsschullehrers an die Fachhochschule verlegt werden könne (vgl. in diesem Heft in der Rubrik MELDUNGEN). Allerdings, so *Zehetmair*, richten Statusaspekte und Besoldungsprobleme

Hürden auf, die bis jetzt unüberwindlich waren. Hier zeigt sich, "daß die Erweiterung des Fächerspektrums an Fachhochschulen mit einer Reform des Laufbahnrechts Hand in Hand gehen muß". (Pressemitteilung des MUKWK vom 10.6.94)

Am 13. Juni teilte das Staatsministerium mit, 104 neue Professorinnen und Professoren seien seit April 1993 an bayerischen Fachhochschulen berufen worden. Um die Attraktivität der Planstellen im Fachhochschulbereich zu erhöhen, werde angestrebt, im nächsten Doppelhaushalt 1995/96

den Anteil der C 3-Stellen weiter zu erhöhen. Bisher hätten in den letzten drei Jahren jeweils 35 C 2-Stellen angehoben werden können, so daß der Anteil der C 3-Professuren am Ende des Jahres 56,4 Prozent betragen werde. Eine Verringerung der Lehrverpflichtung sei zur Zeit aufgrund der Arbeitszeitverlängerung für bayerische Beamte nicht durchsetzbar.

Professor Dr. *Hans Zangl*, Vorsitzender des VHB, rief auf der Delegierten Versammlung in Regensburg die Politik dazu auf, Planung und



Niedersachsen

Lehrverpflichtung

Im Sommer 1993 war dem *h/b* eine Stellungnahme der Finanzministerkonferenz (FMK) zum Entwurf der KMK-Lehrverpflichtungsverordnung zu Kenntnis gekommen. Hierin nahm die FMK zu Ermäßigungsregelungen an Fachhochschulen Stellung und zog diese als Begründung für die Ablehnung einer generellen Lehrverpflichtungsreduzierung heran. Der Präsident des *h/b*, Professor *Werner Kuntze*, stellte innerhalb eines Schreibens gegenüber Bund und Ländern die Darstellung der FMK richtig (vgl. DNH 5/1993 "Finanzminister rechnen poli-

Reglementierung des Hochschulgeschehens an den engagierten Hochschullehrern auszurichten und nicht an der verschwindenden Minderheit der schwarzen Schafe. Die innovativen Fähigkeiten der Studierenden und Lehrenden an den Fachhochschulen seien noch lange nicht ausgeschöpft. Zuviele Hemmnisse stünden einer Entfaltung entgegen: Neben einer Steigerung der Zahl der Ermäßigungsstunden und generellen Senkung der Lehrverpflichtung sei die Ausstattung zu verbessern.

tisch"). Der Präsident des Niedersächsischen Landtages nahm das Schreiben des *h/b* als Eingabe an und bat die Landesregierung um Stellungnahme. Diese liegt mittlerweile vor. Sie wurde vom Ausschuß für Wissenschaft und Kunst beraten und vom Landtag auf seiner Sitzung am 15. Juni 1994 gebilligt. Aktualität erfährt die Antwort der Landesregierung durch die Diskussion um den Entwurf einer Lehrverpflichtungsverordnung für die Hochschulen in Niedersachsen. Im Abstimmungsverfahren sollen auch die Vorstellungen des *h/b* beachtet werden.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) bestätigt in seiner Stellungnahme, daß die Anmerkungen des *h/b* in der Sache weitgehend zutreffen. Insbesondere sei die volle Anrechnung seminaristischer Unterrichts und der Praktika im Gegensatz zur halben Anrechnung an Universitäten gerechtfertigt. Sie stellt aber auch fest, daß die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) den zur Zeit gültigen Rahmen für die Bemessung der Lehrver-

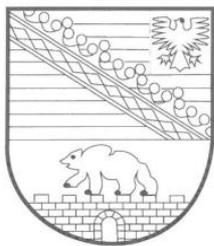


Während der Delegiertenversammlung in Regensburg:
v.l.n.r.: Zangl, Zehetmair, Kuntze

pflchtungen auch an Fachhochschulen abstecke. Darüber hinausgehende Erleichterungen könnten gegenwärtig und in näherer Zukunft nicht finanziert werden. Eine generelle Absenkung habe sich die Landesregierung langfristig vorbehalten.

Änderung des Nebentätigkeitsrechts

Wie das MWK dem Hochschullehrerbund mit Schreiben vom 28. Juni 1994 mitteilt, hat das Sechste Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) vom 6. Juni 1994 Auswirkungen auf die Genehmigung von Nebentätigkeiten der Angehörigen der Professorengruppe. § 75 a Abs. 1 des Niedersächsischen Beamtengesetzes erläßt die Ablieferung von Nebentätigkeitsvergütungen bei Lehr- und Prüfungstätigkeiten an einer Hochschule, bei Tätigkeiten als



Sachsen-Anhalt

Reck neuer Minister

In der neuen Koalitionsregierung aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt sind die bisherigen Ministerien für Schule

gerichtlicher oder staatsanwaltschaftlicher Sachverständiger, bei Tätigkeiten, die von einer über- oder zwischenstaatlichen Organisation oder einer obersten Behörde des Bundes oder eines Landes im Einzelfall verlangt, vorgeschlagen oder veranlaßt werden - auch wenn sie im öffentlichen Dienst wahrgenommen werden -, bei künstlerischen Tätigkeiten, selbständigen Gutachtertätigkeiten sowie der Durchführung von Forschungsaufträgen und schließlich für Architekten- und Ingenieurleistungen. Bei letzteren sind 3 Prozent der erhaltenen Nebentätigkeitsvergütungen abzuliefern.

Den vollständigen Text der detaillierten Regelungen - insbesondere für Architekten- und Ingenieurleistungen - fordern Sie bitte mit Hilfe der hlb-Dokumentation an.

und Wissenschaft zusammengefaßt worden. Neuer Kultusminister wurde *Karl-Heinz Reck* (45). Der Diplom-Lehrer für Mathematik und Physik ist stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung. Er war bislang bildungspolitischer Sprecher seiner Partei.

Vor der Regierungsbildung hatten SPD und BÜNDNIS 90 ihre Vorstellungen zur Bildungspolitik in einer Koalitionsvereinbarung festgelegt. Sie enthält ein Plädoyer für den weiteren Ausbau des Hochschulwesens. Bis zum Jahr 2000 sollen in Sachsen-Anhalt 11.000 Studienanfängerplätze zur Verfügung stehen, mehr als die



Schleswig-Holstein

Berufsakademie

Die Berufsakademie in Schleswig-Holstein wird nach den Vorstellungen der Landesregierung als eine selbständige Einrichtung neben den Fachhochschulen und Universitäten dem tertiären Bereich zugeordnet. Wichtigste Folge für die Absolventen der Berufsakademie ist die veränderte Berufsbezeichnung. In der Fachrichtung Wirtschaft lautet sie "Betriebswirt/Betriebswirtin (Berufsakademie) im Dualen System". Die weiteren Abschlüsse Wirtschaftsingenieur und Wirtschaftsinformatiker lauten analog. Mit dem Ab-

schluß, so die Ministerin, werde vor allem deutlich, daß es sich bei der Berufsakademie um eine Ausbildungsform handelt, die sich am Prinzip der herkömmlichen Berufsausbildung orientiert. Die Berufsakademie an einer Berufsakademie wird in Übereinstimmung mit dem Hochschulrahmengesetz nicht als akademisch-wissenschaftliche Ausbildung verstanden. Unabhängig davon gilt aber, daß der Abschluß als Vordiplom für ein weiteres Studium an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein anerkannt wird. Marianne Tidick: "Erst mit einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes können wir guten Gewissens über eine Verleihung von Diplomgraden an Absolventen der Berufsakademien entscheiden." Einen entsprechenden Vorschlag der schleswig-holsteinischen Wissenschaftsministerin hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mittlerweile abgelehnt. (Pressemitteilung der Landesregierung vom 11. Mai 1994)

(dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 25.7.94)



Karl-Heinz Reck
Diplomlehrer; Salzwedel.
Geboren am 14. Februar 1949 in Magdeburg, ev., verh., 3 Kinder. Abitur, Berufsausbildung als Landmaschinen-Traktoren-Schlosser. Studium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Mathematik, Physik.

Ausländische Studierende

Professor Peter Schmidt, Zittau, teilte dem *h/b* mit, die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Studienkollegs an Fachhochschulen beobachtet seit längerem mit erheblicher Sorge Trends in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, das grundständige Studium von Ausländern immer weniger zu fördern und stattdessen verstärkt auf Aufbaustudiengänge zu setzen. Symptomatisch sei die seit längerem zu beobachtende systematische Demontage des Fachhochschul-Stipendienprogramms des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), das von der Carl-Duisberg-Gesellschaft verwaltet wird. Ausländische Studieninteressierte müssen in einem Studienkolleg zunächst ein einjähriges Propädeutikum (Kurse zur Vermittlung von Grundkenntnissen) absolvieren und eine Feststellungsprüfung ablegen, bevor sie sich immatrikulieren können.

Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Studienkollegs für Fachhochschulen erklärte hierzu im Juni 1994 in Köln:

1. Die Leiter der Studienkollegs für Fachhochschulen wenden sich entschieden gegen die Reduzierung des Bund-Länder-Fachhochschulstipendienprogramms für Studierende aus Entwicklungsländern.

2. Das Fachhochschulstipendienprogramm des BMZ hat sich über einen langen Zeitraum bewährt, denn seine Absolventen

- entsprechen auf Grund ihrer praxisorientierten Ausbildung in hohem Maße den Bedürfnissen der Entwicklungsländer;
- wirken auf Grund ihrer Kenntnis der deutschen Wirtschaft (Praxisseminare, Praktika) und der

deutschen Sprache als echte Multiplikatoren für den Absatz deutscher Produkte im Ausland.

3. Eine Abwendung von diesem erfolgreichen Programm gefährdet den Bildungsstandort Deutschland empfindlich und hätte darüber hinaus (auch wirtschaftlich) fatale Langzeitfolgen:

- Die Bewerberzahlen aus dem Ausland um ein grundständiges Studium an Universitäten oder Fachhochschulen sind bereits signifikant rückläufig; sie würden zwangsläufig weiter zurückgehen;
- Aufbaustudiengänge und Kurzaufenthalte können den genannten Multiplikatoren-Effekt nicht annähernd erreichen.

4. Das FH-Programm sollte unter allen Umständen fortgesetzt werden, um die Bedeutung des Bildungsstandortes Deutschland zu erhalten und damit auch langfristig einen Vorteil für die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren. Fehler, die jetzt begangen würden, wären auch mittelfristig nicht mehr reparabel.

Im Rahmen des Bund-Länder-Fachhochschul-Stipendienprogramms haben seit 1963 rund 4000 Studenten aus 81 Ländern ein Vollstudium (grundständiges Studium) an einer Fachhochschule der Bundesrepublik absolviert. Der Vorzug dieser Studien beruht in der Praxisorientierung der Ausbildung, die vor allem unter dem Aspekt der Schaffung eines Mittelstandes in den Entwicklungsländern eine erstrangige Aufgabe ist, die in erster Linie von den Fachhochschulen der Bundesrepublik geleistet werden kann. Hochschulen in Entwicklungsländern lassen diesen Praxisbezug in aller Regel vermissen, so daß Projekte, die sich ausschließlich oder vorzugsweise auf Aufbaustudien

(sog. Topping up) beschränken, diesem realen Bedürfnis der Zielländer nicht gerecht werden.

Zweifelsohne liegt ein weiterer großer Vorteil dieses Programms in der Tatsache, daß bei der Umsetzung von Bildungszielen des jeweiligen Studienganges im Verlaufe der Ausbildung unzählige Kontakte zu Wirtschaftseinrichtungen des Landes entstehen:

Damit führt das Programm den Bildungsstandort mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland zusammen. Die ins Auge gefaßten Alternativen sind zu dieser wirkungsvollen Verknüpfung nicht fähig: Eine solide Sprachausbildung wird bei Kurzaufenthalten ineffektiv oder aber erst gar nicht geleistet werden - ebenso wenig wie eine nachhaltige kulturelle Bindung an Deutschland. Die Folge sind Studien in anderen Mittlersprachen (Englisch, Französisch) und/oder nicht-deutsche Hochschulabschlüsse, für deren Realisierung deutsche Entwicklungshilfe eingesetzt wird. All dies gefährdet den Bildungs- und damit auch den Wirtschafts-

standort Deutschland in hohem Maße.

Eine differenzierte Analyse der Bewerberzahlen für die Studienkollegs in der Bundesrepublik weist derzeit einen deutlichen Rückgang des Interesses ausländischer Bewerber an einem Studium in Deutschland aus. Gerade unter diesem Aspekt sollten aber derartige Förderprogramme bewußt eingesetzt werden, um durch die Sogwirkung vergebener Stipendien drohenden negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Darüber hinaus gilt es gezielt, das mit Mühe kontinuierlich aufgebaute Ansehen der deutschen Fachhochschule - und ihren beginnenden internationalen Bekanntheitsgrad! - nicht dadurch im Ausland wieder zu demontieren, daß die Ersatzprogramme vorwiegend universitär orientiert sind, was weder der Sache noch - wie oben beschrieben - den Bedürfnissen der Zielländer förderlich ist. Die zunehmende Bekanntheit und Anerkennung des Fachhochschuldiploms im Ausland wird durch eine solche Verfahrensweise direkt wieder untergraben.

Wirtschaftsrechtler tagten in Berlin

Die jedes Jahr stattfindende Tagung der Vereinigung der Hochschullehrer für Wirtschaftsrecht (FH/GH) - inzwischen die fünfte - fand dieses Jahr am 26. und 27. Mai an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaftsrecht (FHTW) in Berlin-Karlshorst statt. Über 45 Teilnehmer hörten Referate und diskutierten in drei Themenschwerpunkten: Die Internationalisierung wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge, hochschuldidaktische Konzepte und öffentliches Recht in der Rechtsausbildung von Betriebswirten

und zur Ausbildung von Wirtschaftsjuristen an Fachhochschulen.

Internationalisierung

Am Anfang dieses Abschnitts standen Kurzreferate über praktische Modelle. *Detzer* von der Export-Akademie Baden-Württemberg (FH Reutlingen) stellte einen postgraduierten Studiengang vor, der in Zusammenarbeit mit Industrie und Handel durchgeführt wird und sowohl bei Studenten als auch Abnehmern hohe Akzeptanz erfährt. Im Augenblick ist man dabei,

zusammen mit einer renommierten amerikanischen Universität ein Doppeldiplom zu entwickeln, und zwar auf MBA-Ebene.

Wauschkuhn von der FH Rheinland-Pfalz berichtete über die internationalen Studiengänge dieser Hochschule. Im wesentlichen handelt es sich um integrierte Modelle, wie sie auch an anderen Fachhochschulen angeboten werden. Interessant und außergewöhnlich ist der Versuch einer Erweiterung in Richtung Japan und China.

Streckel (FH Osnabrück) behandelte einen Modellversuch der EU, das ECTS (European Credit Transfer System) Programm, in dem auf der Basis von Credits (Punkte) Studenten zwischen der FH Osnabrück (FB Wirtschaft) und etwa 30 europäischen Hochschulen ausgetauscht werden. Dieses Modell hat den Vorteil, daß die Studenten nicht in Gruppen ins Ausland gehen, erfordert allerdings in der Vorbereitungsphase von den Beteiligten sehr viel Koordinations- und Informationsarbeit.

Die sich anschließende Diskussion verlagerte sich auf die notwendigen internationalen wirtschaftsrechtlichen Inhalte. Beklagt wurde u.a., daß es nur für Teilbereiche brauchbares Lehrmaterial gibt. Damit war der Übergang zum nächsten Themenkomplex eingeleitet.

Ausbildungsfragen

Eingangs wurde über eine hochschuldidaktische Frage gestritten. Der erste Referent *Wörten* (FH Anhalt/Bernburg) beschäftigte sich damit, ob Stoff additiv, also wie an der Universität nach einzelnen Rechtsgebieten, z.B. Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Arbeitsrecht, oder integrativ, ausgehend von Problemfeldern, dargestellt werden sollte. Die

Lehrbuchliteratur ist geteilt: integrativ z.B. *Führerich*, *Pottschmidt/Rohr*, *Schünemann*; additiv z.B. *Bähr*, *Klunzinger*, *Wörten*. In der Diskussion hatten beide Methoden Anhänger.

Eilsberger (FH Stralsund) berichtete dagegen von Schwierigkeiten, den Rechtsunterricht für Betriebswirte an einer neu gegründeten Fachhochschule zu etablieren und durchzuführen. Insgesamt hielt er die angebotenen Lehrprogramme für sich zu umfangreich und tiefgehend.

Dem widersprach indirekt *Hübner* (GH/Universität Essen) im nächsten Referat, indem er forderte, das öffentliche Recht zum Pflichtfach auch an Fachhochschulen zu machen. In seiner Analyse stellte er fest, daß an fast allen Universitäten bei der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung das öffentliche Recht neben dem Privatrecht stehe. Den Hauptgrund sah er darin, daß im Grundstudium vielfach zwischen Volks- und Betriebswirten nicht getrennt werde. Die anschließende Diskussion stützte die Forderung des Referenten, während es bei der inhaltlichen Festlegung zu unterschiedlichen Auffassungen kam. Zwar war man sich schnell einig darüber, daß die vorhandenen Lehrbücher, die Bedeutung des Gewerbe-rechts weitgehend überschätzten, aber schon über die Aufnahme des Abgaberechts in ein Curriculum konnte man sich nicht einigen.

Wirtschaftsjuristen

Das Thema ist ein Dauerbrenner seit der ersten Tagung 1989 in Osnabrück und hat ja noch unlängst die Fachhochschulrektorenkonferenz in Emden beschäftigt. Auf jeder Jahrestagung konnte von Fortschritten berich-

tet werden. Zur Einstimmung stellten *Keßler* (FHTW Berlin), der auch als Organisator für die Veranstaltung verantwortlich war, und *Buschmann* (FHTW Berlin) die Projektstudie zu einem Studiengang Wirtschaftsjurist vor. Hervorzuheben ist aus dieser Projektstudie die angestellte Bedarfsanalyse, da von Gegnern einer solchen Ausbildung der Bedarf immer wieder bestritten wird. Die Ausbildungsinhalte, die auch im einzelnen beschrieben wurden, bestehen bei diesem Modell zu 60% aus der Vermittlung juristischer Kenntnisse und zu 30% aus betriebswirtschaftlichen Disziplinen.

Eine Bestandsaufnahme unter den Anwesenden ergab, daß einige Pläne kurz vor der Realisierung stehen. *Urbanczyk* (FH Nordostniedersachsen/Lüneburg) vom neugegründeten Fachbereich Wirtschaftsrecht bestätigte die Aufnahme des Lehrbetriebs zum Wintersemester 1994/95. Das gleiche gilt nach einem Bericht von *Zeidler* für die Fachhochschule - Rheinland-Pfalz (Abteilung Mainz). Nicht ganz so schnell wird es an der FH Frankfurt gehen, wo nach *Slapnicar* ein Studium im Praxisverbund von einem neu zu gründenden Fachbereich geplant ist. Planungen bestehen auch an anderen Hochschulen, so z.B. an der FHTW Berlin (s.o.) und der FH Jena.

Höhepunkt der inhaltlichen Diskussion sollte eine Aussprache mit Staatssekretär *Borrmann* von der Senatsverwaltung für Justiz Berlin werden. Leider wurden dabei nur bekannte Argumente ausgetauscht. Am Anfang stellte *Borrmann* klar, daß er in Übereinstimmung mit seiner Senatorin gegen eine Ausbildung von Juristen an Fachhochschulen sei. Zur Begründung trug er im wesentlichen vor,

daß die jetzige Juristenausbildung sehr lange offen lasse, für welchen Beruf man sich entscheide (weil sie so lange dauert?) und daß die an Fachhochschulen ausgebildeten Juristen in den öffentlichen Dienst drängen könnten, was die Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes zu Unrecht durcheinanderbringe. In der Diskussion hatte er als Einzelkämpfer einen schweren Stand, trotzdem hätte man hier und da eine Auseinandersetzung mit Gegenthesen erwartet. So war *Borrmann* z.B. nicht bereit, den Einwand von *Hommerich* (FH öffentl. Verwaltung NRW) zur Kenntnis zu nehmen, daß sich das Offenhalten der Berufsoption aufgrund empirischer Untersuchungen als reine Fiktion erweist: Bis zu 85% der fertigen Juristen würden in den Anwaltsberuf gedrängt. Die Vermutung liegt nahe, daß eine Diskussion gar nicht gewünscht war. Argumente wurden nicht geprüft, sondern abgewehrt.

Pläne für 1995

Die sechste Tagung wird *Bieler* an der FH Harz am 18./19. Mai 1995 in Wernigerode ausrichten. Die Themen werden sich an die Berliner anschließen. Geplant sind u.a. Vorträge über die Erarbeitung modulhafter Arbeitsunterlagen und den Einsatz neuer Medien, über die Curricula von Pflichtveranstaltungen im öffentlichen Recht und über die Fachhochschulausbildung zum Wirtschaftsjuristen, möglicherweise aber auch über die Einrichtung von Schwerpunktfächern "Wirtschaftsrecht" in einem betriebswirtschaftlichen Studium.

Professor
Dr. Siegmund Streckel
FH Osnabrück
49076 Osnabrück

Technikfolgenabschätzung

In Heft 3/94 berichtete *Marietheres Bosman* über ihre Erfahrungen innerhalb einer Veranstaltung zum Thema Technikfolgenabschätzung an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Inzwischen liegt der Vorbericht eines vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderten Forschungsprojekts "Technikfolgenabschätzung in der Ingenieurausbildung an Fachhochschulen - Rahmenbedingungen und empirische Ergebnisse" vor. Projektleiter Dr. *Raimund Pfundtner* berichtet in den Beiträgen zur Hochschulforschung 1994, Heft 2, Seite 281-332, über die Ergebnisse seiner Untersuchung zu Studienangeboten und der Einschätzung des Themas TA innerhalb der Professenschaft. Als Teilergebnis stellt *Pfundtner* eine "insgesamt unbedeutende Verankerung von TA im formalen Ordnungsgefüge der Fachhochschulen" fest. Als eigenständiges Angebot liege das Thema TA, wenn überhaupt angeboten, überwiegend in der Verantwortung der nichttechnischen oder übergreifenden Fachbereiche. In der Einschätzung von TA bei den Lehrenden in der Ingenieurausbildung sind wenig Gemeinsamkeiten erkennbar. *Pfundtner* konnte aber zeigen, daß die Thematik in ihrer Wichtigkeit zwar nicht einhellig, aber doch vom überwiegenden Teil der Lehrenden akzeptiert wird.

Pfundtner führt Angebote von Technikfolgenabschätzung innerhalb der Studiengänge an Fachhochschulen der alten Bundesländer im Wintersemester 1990/1991 an (vergleiche nebenstehende Tabellen).

**Anschrift des Autors
der Untersuchung:**
Dr. Raimund Pfundtner
Fernuniversität - Gesamthochschule
Hagen
Fleyer Straße 204
58097 Hagen

**Technikfolgenabschätzung als
Pflichtanteile des Studiums**

Ort	Studiengang
Biberach Bremerhaven Furtwangen	Bauingenieurwesen Verfahrenstechnik Elektrotechnik, Mikrosystemtechnik, Werkstoff- und Oberflächentechnik
Gießen Hamburg	Elektrotechnik Biotechnologie, Medizinische Technik, Umwelttechnik
Saarbrücken	Maschinenbau

Darüber hinaus gibt es an der TFH Berlin unter den Studienangeboten des Fachbereichs 1/Allgemeine Wissenschaften zwei Pflichtfächer zum Forschungsthema, die auch in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen als Pflichtfach aufgeführt werden. Weiterhin bieten die Fachbereiche Sozial- und Kulturwissenschaften der hessischen Fachhochschulen bestimmte Studienanteile zur Thematik an, die aber in den jeweiligen Studienordnungen nur als nicht spezifizierte Pflicht- bzw. Wahlpflichtanteile des Fachbereichs 1/Sozial- und Kulturwissenschaften aufgeführt werden.

Technikfolgenabschätzung als Wahlpflichtanteil

Ort	Studiengang
Aalen Hamburg Heilbronn Mannheim Wilhelmshaven	Maschinenbau Biotechnologie Maschinenbau Nachrichtentechnik Feinwerktechnik

**Technikfolgenabschätzung in außerfachlichen
Lehrveranstaltungen**

Ort	Studiengang
Aachen Aalen Bochum	Chemieingenieurwesen Fertigungstechnik Elektrotechnik, Entsorgungstechnik, Maschinenbau, Versorgungstechnik
Bremen	European Electronical Studies, Maschinenbau, Schiffbau und Meerestechnik
Heilbronn	Elektrotechnik, Feinwerktechnik, Maschinenbau, Physikalische Technik, Produktionstechnik
Iserlohn Köln Trier Wiesbaden	Elektrotechnik Elektrische Energietechnik Architektur Elektrotechnik, Maschinenbau, Physikalische Technik

Technikfolgenabschätzung

Die Universität Stuttgart gehört zu jenen deutschen Hochschulen, die schon seit einigen Jahren regelmäßig eine Ringvorlesung über Technikfolgenabschätzung anbieten. Das aus dieser Veranstaltungsreihe hervorgegangene Buch faßt die Inhalte der bisherigen Beiträge zusammen. Herausgeber ist Prof. Bullinger. Das Anliegen des Herausgebers, Auswirkungen, die mit bereits vorhandenen und zu erwartenden Technologien verbunden sind, auf verständliche Weise darzustellen, darf als gelungen bezeichnet werden. Insoweit handelt es sich nicht um einen abstrakten Beitrag für Wissenschaftstheoretiker, sondern um eine Darstellung der Technikfolgenabschätzung, von der sich vor allem die Ingenieure in ihrer besonderen Verantwortung für die Technikgestaltung, aber auch Ökonomen, Politiker, Natur- und Geisteswissenschaftler, überhaupt die breite Öffentlichkeit angesprochen fühlen müssen.

Im einführenden von insgesamt neunzehn Beiträgen wird der Bogen gespannt von grundlegenden Fragen wie den Möglichkeiten und Grenzen der TA, der Einordnung der Methoden in das Gefüge der Wissenschaft, der Notwendigkeit interdisziplinärer Arbeit bis zu Aufsätzen über "Geschichte und Institutionalisierung" oder "TA im Spiegel von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik". Die Themen reichen von Philosophie und ethischer Praxis (dargestellt von Prof. Kornwachs) bis zur TA als Instrument für Chancenmanagement in der Wirtschaft (beigetragen von Prof. Bugg). Praktiker aus Politik und Wissenschaft ergänzen die

wissenschaftliche Sichtweise, um Notwendigkeit und Erfolg von TA, manchmal auch deren Scheitern, an praktischen Situationen zu veranschaulichen. Beispiele und Projekte aus der TA runden das Buch ab, wobei das Themenspektrum vom Alltagsleben (wie Datenschutz bei ISDN und Mobilkommunikation von Dr. Andexser; Energie und Biomasse von Prof. Mohr) bis in den Weltraum (so die kritische Betrachtung des Sängerkreisprojekts von Dr. Ott) reicht.

Obwohl sich hier 21 Persönlichkeiten, durchwegs namhafte Expertinnen und Experten aus dem Bereich der TA, als Autoren einer Vielzahl von Themen zusammengefunden haben, ist es dem Herausgeber, der selbst einen grundlegenden Originalaufsatz beigetragen hat, in hervorragender Weise gelungen, ein homogen erscheinendes und klar gegliedertes Werk mit interdisziplinärem Charakter vorzulegen.

Das Buch ermöglicht eine rasche Orientierung über den aktuellen Stand der Technologiefolgenabschätzung. Nicht nur Laien, auch Experten werden angesichts der inhaltlichen Vielfalt großen Nutzen aus dem Werk ziehen können.

(Unbehauen)

Technikfolgenabschätzung (TA)

Hans-Jörg Bullinger (Hrsg.), B.G. Teubner, Stuttgart 1994, 501 S., DM 79,—

PC und Geisteswissenschaften

Das Taschenbuch informiert über die zahlreichen Möglichkeiten der Nutzung eines PC's und wendet sich nach dem Bekunden der Autoren vor allem an Studenten. Der Hinweis auf die Geisteswissenschaften ist wohl als unglücklich formulierte Tiefstapelei anzusehen. Gemeint ist, daß ein Leserkreis angesprochen wird, der sich nicht im geringsten für das Innenleben oder die Programmierung eines PC's zu interessieren braucht. Dennoch stellt das kleine Buch an den Leser recht hohe Anforderungen, denn es enthält eine Fülle von Informationen über Themen wie Aufbau und Funktionsweise eines PC's, Betriebssysteme, Datensicherung, Netzwerke und Informationsgewinnung über Netzwerke, Datenbanken und deren Zugang z.B. für Literaturrecherchen, SQL, Datenanalyse und statistische Datenauswertung, Statistikprogramme, Text- und Graphikverarbeitung, Wissensrepräsentation, Multimedia-Dokumentationen, und schließlich gibt es auch noch ein Kapitel zum Thema PC-Arbeitsplatz. Das Buch fällt aus dem bei Taschenbüchern üblichen Rahmen, weil es komprimierte Informationen und präzise Beschreibungen liefert. Es enthält keinen Satz zuviel. Für Studenten, die sich anschicken, die vielfältigen Fähigkeiten eines PC's zu erkunden, kann diese Einführung bestens empfohlen werden.

(Walden)

PC-Einsatz in den Geisteswissenschaften

U. Mocker u.a., dtv, München 1993, 404 S., DM 22,90

Einführung in die FEM

Das nicht mehr ganz neue Lehrbuch ist eine sehr empfehlenswerte Einführung in die FEM für Ingenieure. Die Autoren wollen kein Rechenschema anbieten, sondern sind bemüht, das Verständnis für die Idee der Methode zu wecken. Sie beschränken sich denn auch durchgehend auf ein- und zweidimensionale Beispiele, deren Rechnungen auch ohne Rechner verfolgt werden können. Die Erläuterungen sind ausführlich und mit vielen Bildern versehen. Es werden Probleme aus der Mechanik, die stationäre Wärmeleitungsgleichung, elektrische Feldprobleme und Strömungen betrachtet.

(Walden)

Einführung in die Methode der Finiten Elemente

G. Kämmel, H. Franek, und H.-G. Recke, Hanser, München, 2. Aufl. 1990, 300 S., DM 42,—



Hans-Jörg Bullinger (Hrsg.) Technikfolgenabschätzung (TA)

Für einen Einstieg in das Gebiet der TA wurden in diesem Buch Vorträge namhafter Referenten, die im Rahmen einer Ringvorlesung bislang gehalten wurden, zusammengefaßt.

1994. XIII, 501 Seiten, 114 Abb. Geb. DM/sFr 79,— / öS 616,— ISBN 3-519-06368-9

 B. G. Teubner
Industriestraße 15 · 70565 Stuttgart

Numerische Lösungsverfahren

Gemeint sind Verfahren zur numerischen Lösung von Problemen der Mechanik (Festigkeit, Eigenfrequenzen, Knicken, Wärmeleitungs-gleichung, Strömungen), die üblicherweise mit der FEM gelöst werden. Die Autoren stellen diese, aber noch zwei weitere Methoden vor: die Randelemen-tenmethode (BEM) und das Differenzenverfahren (FDM). Das Lehrbuch vermittelt die Kenntnisse, die notwendig sind, um mit professionellen Pro-grammpaketen sinnvoll arbeiten zu können. Entsprechend zeichnet sich das Buch durch konse- quente Praxisausrichtung, repräsentative Beispiele (mit Angabe der verwendeten Softwarepakete) und eine Lernkontrolle durch Übungsaufgaben und Vertiefungsfragen aus. Es ist speziell für Fachhochschulen gedacht und für diese auch zu empfehlen.

(Walden)

Numerische Lösungsverfahren in der Praxis
M. Mayr und U. Thalhofer,
Hanser, München 1993
312 S., DM 48,—

Europäische Gemeinschaft

Das Lehrbuch bietet querschnittartig eine straf- fe und präzise Darstellung des wirtschaftlich relevan- ten Gemeinschaftsrechts auf der Basis des Maa- strichter Vertrags. Zum besseren Verständnis künftiger Entwicklungen trägt bei, daß auch die Entstehung und das institu- tionelle System der EG erklärt werden. Die makro- und mikroökono- mischen Auswirkungen werden gut veranschaulicht. Zahlreiche Abbil- dungen und Tabellen erleichtern den Überblick.

Somit liegt ein Werk vor, das Studierenden der Betriebswirtschaft nach- haltig nutzbares Wissen von wachsender Bedeu- tung vermittelt. Es kann sowohl als Leitfaden spezieller Lehrveranstaltungen wie auch ergänzend zu herkömmlicher Litera- tur wirtschaftswissen- schaftlicher und juristi- scher Fächer sehr empfoh- len werden.

(Rieke)

Europäische Gemeinschaft Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages
J. Weindl,
Oldenbourg, München 1993,
352 S., DM 49,80

Neues von Kollegen

Handbuch der Außenhandelsfinanzierung
S. Häberle (Reutlingen),
Oldenbourg, München 1994,
857 S., DM 148,—

Lehrbuch des wissenschaftlichen Schreibens
L. v. Werder (Berlin)
Schribi-Verlag, Milow 1993,
464 S., DM 39,80

Jugendarbeit zwischen Gewalt und Rechtsextremismus
F. Vahsen u.a. (Hildesheim):
Hildesheim 1994,
352 S., DM 39,90

Kosten- und Leistungsrechnung: 50 praktische Fälle
P. Sorg (Berlin):
E. Fleischer Verlag, Achim 1993,
259 S.

Finite-Elemente-Methode
P. Steinke (Münster)
Cornelsen Giradet Verlag,
Düsseldorf 1992, 224 S.

Taschenbuch für Marketing
F. Unger (Stuttgart)
Sauer Verlag, Heidelberg 2. Aufl.
1994, 269 S., DM 38,—

Aufgabensammlung System- und Signaltheorie
O. Mildenberger (Wiesbaden)
Vieweg, Braunschweig 1994,
159 S., DM 29,80

Lehr- und Übungsbuch der Technischen Mechanik Band 3: Kinematik, Kinetik
H. H. Gloistehn (Hamburg)
Vieweg, Braunschweig 1994
331 S., DM 48,—

Pädagogik
E. Badry, M. Buchka, R. Knapp
(Köln)
Luchterhand, Neuwied
2. Aufl. 1994, 400 S., DM 44,—

Jugendamt- Sozialamt- Gesundheitsamt
D. Kühn (Münster)
Luchterhand, Neuwied 1994,
180 S., DM 30,—

Soziale Beziehungen
K. Witterstätter, K. Stumpf
Luchterhand, Neuwied 1994,
200 S., DM 30,—

Theorie und Praxis der Bekämpfung der Lang- zeitarbeitslosigkeit in der EG
Treu/Salusstowicz/Oldenbourg/Offe/
Neuser
Deutscher Studienverlag,
Weinheim 1993
97 S., DM 37,—

Technische Mechanik
H. Dankert u. J. Dankert
(Hamburg):
Teubner, Stuttgart 1994
755 S., DM 86,—

Energie- und Wärmetechnik
R. Herbrink
(Kaiserslautern)
Teubner, Stuttgart 2. Aufl.
1993, 325 S.,
DM 42,—

Unternehmensqualität
K. Kottmann (Hrsg.)
(Esslingen)
Teubner, Stuttgart 1993
282 S. DM 56,—

Einführung in die digitale Bildverarbeitung
W. Abmayr (München)
Teubner, Stuttgart 1994
303 S., DM 64,—. Diskette dazu
DM 138,—

Elektrische Energieverteilung
R. Flosdorff (Aachen) u. G.
Hilgarth (Wolfenbüttel)
Teubner, Stuttgart 4. Aufl.
1994, 354 S.,
DM 58,—

Einführung in die Netzwerkanalyse mit SPICE
R. Kleinöder
(Gießen)
Teubner, Stuttgart 1993
148 S., DM 28,—

Verwaltung zwischen Chaos und Restauration
H. Bosetzky u. B. Thiem-Schröder
(FH VR Berlin)
Hitit, Berlin 1994
157 S., DM 24,80

Ökonomische Theorien und Geschlechterverhältnis
U. Regenhard, F. Maier, A. Carl
(Berlin)
edition sigma, Berlin 1994
175 S., DM 19,80

Förderung sprachlicher Kultur in der Bundesrepublik Deutschland
H. Bickes u. A. Trabold (Hrsg.)
(Darmstadt)
Bleicher, Stuttgart 1994

Management
R. Jung u. M. Kleine
(Dortmund)
Hanser, München 1993
DM 68,—

Einführung in das öffentliche Recht
E. Quambusch
(Bielefeld)
Siebengebirgs-Verlag,
Königswinter 1993,

- Prof. Dr. Diethard **Baron**,
Biochemie mit Gentechnologie,
FH Weihenstephan
- Prof. Dr. Hartmut **Bauch**,
Mathematik und Informatik,
FH Telekom Berlin
- Prof. Dr. Barbara **Behrnd**,
Psychologie, FH Merseburg
- Prof. Dr. Georg **Beier**,
Natürlichsprachliche Systeme,
Objektorientierte System-
entwicklung,
FH für Technik Mannheim
- Prof. Dr. Johann **Bischoff**,
Ästhetik/Kommunikation,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Arnulf **Bojanowski**,
Erziehungswissenschaften,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Ralf **Böse**,
Graphische Datenverarbeitung,
FH Schmalkalden
- Prof. Dr.-Ing. Andreas
Braunschweig,
Automatisierungstechnik/
Antriebstechnik,
FH Schmalkalden
- Prof. Dr. Heinz-Jürgen **Dahme**,
Sozialplanung, Organisation
und Funktionsweise von
Verwaltung und sozialen
Diensten, FH Lausitz
- Prof. Dr. Kurt **Ebert**,
Betriebswirtschaftslehre, insbes.
Marketing und Vertrieb,
FH Lippe
- Prof. Dr. Matthias **Ehrsam**,
Psychologie, FH Merseburg
- Prof. Dr. Uwe **Fichtner**,
Geographische Informations-
systeme/Kartographie,
Fernerkundung und Geologie/
Geomorphologie, FH Anhalt
- Prof. Dr.-Ing. Klaus **Figel**,
Konstruktion,
Maschinenelemente, CAD,
FEM, FH Kempten- Neu-Ulm
- Prof. Dr. Klaus **Fricke**,
Optische Meßtechnik,
FH Gelsenkirchen
- Prof. Dr. Werner **Glas**,
Entwerfen, Produktdesign,
Baustoffe und
Materialtechnologie,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Kaiserslautern
- Prof. Dr. Heinrich **Haass**,
Landschaftsarchitektur,
FH Anhalt
- Prof. Dr.-Ing. Irmfried **Hacker**,
Verfahrensgestaltung,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. habil. Christian
Hahn, Informationstechnik mit
den Schwerpunkten
Nachrichtenübertragung,
Technik der Nachrichten-
verarbeitung, Netzwerkanalyse
und -synthese, FH Lausitz
- Prof. Dr. Peter-Michael **Hajek**,
Abfall- und Siedlungs-
wasserwirtschaft,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Kaiserslautern
- Prof. Dr.-Ing. Karsten
Hartmann,
Informatik/Rechnerarchitektur/
Rechnernetze, FH Merseburg
- Prof. Dr. Bernd **Heimrich**,
Bauelemente und
Schaltungstechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Wolfgang **Heinecke**,
Prozeßrechentechnik,
Microcomputer,
FH für Technik Mannheim
- Prof. Dr.-Ing. Knut **Herschel**,
Bauverfahren, insbesondere
Bauverfahren und
Baumaschinen, FH Lausitz
- Prof. Dr. Hubert **Hinzen**,
Mechanik und Maschinenelemente, FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Trier
- Prof. Dr. Hans Rolf **Höster**,
Gehölkunde und Be-
pflanzungsplanung, FH Anhalt
- Prof. Dr. Gerd **Hradetzky**,
Physikalische Chemie,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Thomas **Kern**,
Experimentalphysik,
insbesondere Kernphysik,
FH Brandenburg
- Prof. Dr.-Ing. Gerhard
Kleemann, Prozeßkunde und
Regelungstechnik,
Wechsel von FH Merseburg
nach FH Ostfriesland
- Prof. Dr. Manfred **Kohler**,
Wirtschaftswissenschaften,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Klaus **Köhn**,
Digitaltechnik/
Mikroprozessortechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Georg **Köpf**, Finanz-
und Investitionswirtschaft
sowie Betriebsstatistik,
FH Kempten - Neu-Ulm
- Prof. Dr.-Ing. Horst-Herbert
Krause, Kolbenmaschinen und
Maschinendynamik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Marianne **Kreff**,
Umweltbiotechnologie,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Bingen
- Prof. Dr. Rolf **Kühlen**,
Massivbau,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Mainz I
- Prof. Dr. Klaus **Lang**,
Technische Informatik,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Bingen
- Prof. Dr. Andreas
Leuchtenberger, Mikrobiologie/
Biotechnologie, FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. habil. Hans-Peter
Lipp, Automatisierungstechnik,
FH Schmalkalden
- Prof. Dr.-Ing. Detlev
Lobenstein,
Softwareengineering und
Methodik des Programmierens
mit dem Schwerpunkt Design-
Tools, FH Lausitz
- Prof. Dr.-Ing. Hartmut **Michel**,
Wärme- und Stoffübertragung,
Thermodynamik, FH für
Technik Mannheim
- Prof. Dr. Rudolf **Mohr**,
Allgemeine Betriebswirtschaft,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Gunnar **Möller**,
Konstruktiver Ingenieurbau,
insbes. Massivbau, FH Lippe
- Prof. Dr. Gert **Müller**,
Chemie u. Technologie
makromolekularer Ver-
bindungen, FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Bernd **Oertel**,
Werkstofftechnik,
FH Schmalkalden
- Prof. Dr. Weerd **Ohling**,
Chemische Verfahrenstechnik
und Umwelttechnik,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Bingen
- Prof. Dr. Heinz-Jürgen
Pinnekamp, Statistik, Internes
Rechnungswesen,
FH Gelsenkirchen
- Prof. Dr.-Ing. Ludwig **Prinz**,
Meßtechnik, Grundlagen der
Elektrotechnik, FH Kempten
- Prof. Dr.-Ing. Heidrun **Rainer**,
Prozeß- und Anlagentechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Heidrun **Rauchhaus**,
Grundlagen der Informatik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Joachim **Rosenow**,
Politische Zusammenhänge
sozialer Arbeit, insbesondere
Sozialpolitik und Kommunal-
politik, FH Lausitz
- Prof. Dr. Eike **Rosenfeld**,
Physik, FH Merseburg
- Prof. Dr. Ehrenfried **Salomon**,
Statistik, Wirtschafts-
mathematik, FH Gelsenkirchen
- Prof. Dr.-Ing. Christel **Salzer**,
Chemische Reaktionstechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Klaus **Schlothauer**,
Physik, FH Merseburg
- Prof. Mary **Schmoecker**,
Methodenlehre, FH Hamburg
- Prof. Dr.-Ing. Wolfram
Schnäckel, Lebensmittel-
technologie, FH Anhalt
- Prof. Dr. Wolfgang **Schröder**,
Volkswirtschaftslehre mit
Schwerpunkt in Wirtschafts-
politik und Makroökonomik,
FH Lausitz
- Prof. Dr. Peter **Sieder**,
Waldbau, FH Eberswalde
- Prof. Dr. Hans-Peter **Slabik**,
EDV in Baubetrieb und
Vermessungskunde,
FH Rheinland-Pfalz,
Abt. Kaiserslautern
- Prof. Dr. Rolf **Socher-
Ambrosius**, Künstliche
Intelligenz, FH Ostfriesland
- Prof. Dr. Wolfgang **Söhnchen**,
Wirtschaftswissenschaften,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Jörg **Stender**,
Qualitätssicherung, FH Lippe
- Prof. Dr. Harald **Stumpe**,
Sozialmedizin, FH Merseburg
- Prof. Dietmar **Tanterl**,
Dreidimensionales Gestalten,
FH Rheinland-Pfalz, Abt. Trier
- Prof. Dr. Friedhelm
Tropberger,
Sozialpsychologie/Sozial-
psychiatrie, FH Merseburg
- Prof. Dr. Regina **Walter**,
Umweltchemie und Umwelt-
schutztechnologie,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Peter **Weber**,
Grundlagen der Elektrotechnik
und Elektromechanischen
Konstruktion, FH Rheinland-
Pfalz, Abt. Bingen
- Prof. Dr. Ralf **Wenzel**,
Grundlagen der Informatik mit
Schwerpunkt Programmier-
sprachen, Wechsel von
FH Lausitz nach
FH Ostfriesland
- Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen
Wiemann, Mechanische
Verfahrenstechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr.-Ing. Michael **Winkler**,
Umweltschutztechnik,
FH Merseburg
- Prof. Dr. Karlheinz **Wolf**,
Experimentalphysik,
einschließlich
Strömungsmechanik und
Thermodynamik,
FH Lausitz
- Prof. Dr. Erwin Michael
Zauner, Energiewirtschaft,
Strömungsmaschinen,
FH für Technik Mannheim

Der Hochschullehrerbund bietet seinen Mitgliedern gegen einen Kostenbeitrag von DM 3,- je Schriftstück (bitte in Briefmarken beilegen) den Bezug von Informationen aus Bund und Ländern. Bitte benutzen sie den abgedruckten Anforderungscoupon.

- Bund 1**
neu Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Ganseforth u.a und der Fraktion der SPD betreffend Promotionsmöglichkeiten von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen (BT-Drucksache 12/7962 vom 14.06.1994)
- Bund 2**
Nebentätigkeit für Beamte, Bundesbeamtengesetz vom 27.2.1985
Baden Württemberg 1
Lehrverpflichtung, Stand 1986
- Baden-Württemberg 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991
Baden-Württemberg 3
Anhörungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Hochschulgesetze, Stand: 21.03.1994
- Bayern 1**
Regellehrverpflichtungsverordnung, Stand 1986
- Bayern 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992
- Berlin 1**
Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1993
- Berlin 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990
- Berlin 3**
Erstes Haushaltsstrukturgesetz, Beschlußempfehlung vom 29.11.93
- Berlin 4**
Berliner Hochschulstrukturplan 1993
- Brandenburg 1**
Nebentätigkeit: Es gelten zur Zeit die Bestimmungen des Bundes, siehe Bund 2
- Bremen 1**
Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1984
- Bremen 2**
Verordnung über die Erfüllung der Lehrverpflichtung, Stand 1986

- Bremen 3**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990
- Hamburg 1**
Lehrverpflichtungsverordnung vom 18. Januar 1994
- Hamburg 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1992
- Hessen 1**
Lehrverpflichtungsverordnung für Fachhochschullehrer, Stand 1975
- Hessen 2**
Nebentätigkeitsverordnung
- Mecklenburg-Vorpommern 1**
Nebentätigkeitsverordnung (z.Zt. gilt Schlesw.-Holstein, Stand 1991)
- Niedersachsen 1**
neu Stellungnahme des MWK zur Eingabe des Hochschullehrerbundes betreffend Lehrverpflichtung an Hochschulen (Anschreiben des Präsidenten des niedersächsischen Landtages vom 15.06.1994)
- Niedersachsen 2**
neu Nebentätigkeit: Änderungen aufgrund der Novellierung des Hochschulgesetzes vom 21.01.1994
- Niedersachsen 3**
Praxisnahe Forschung und Entwicklung an niedersächsischen Fachhochschulen, Antragsunterlagen: Bereitstellung von Projektfördermitteln aus dem Fachhochschul-Sonderprogramm
- Nordrhein-Westfalen 1**
Lehrverpflichtung, Stand 1988
- Nordrhein-Westfalen 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1988
- Nordrhein-Westfalen 3**
Verordnung zu quantitativen Eckdaten für Studium und Prüfungen in Fachhochschulstudiengängen vom 17.03.1994
- Nordrhein-Westfalen 4**
Erlasse zu Besetzungsverfahren

- Nordrhein-Westfalen 5**
Erhebungen über das Lehrangebot, Rundschreiben vom 17.01.1994
- Nordrhein-Westfalen 6**
Forschungsvorhaben 1994, Antragsunterlagen für Forschungsvorhaben im Rahmen der Dienstaufgaben
- Rheinland-Pfalz 1**
Referentenentwurf zur Änderung des Fachhochschulgesetzes vom 20.04.1994
- Rheinland-Pfalz 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1987
- Rheinland-Pfalz 3**
Freistellung von Professoren der Fachhochschulen für die Praxis und zur Durchführung von Entwicklungsvorhaben - Verwaltungsvorschrift des Min. für Wiss. und Weiterbildung vom 29.06.1992
- Rheinland-Pfalz 4**
Hochschulaktionsprogramm zur Studienreform, Studienzeiterkürzung und Verbesserung der Lehre, Unterrichtung der Landesregierung vom 10.03.1994
- Saarland 1**
Lehrverpflichtungsverordnung vom 10.02.1994
- Saarland 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1989
- Sachsen 1**
Entwurf einer Lehrverpflichtungsverordnung vom 31.05.1994
- Sachsen-Anhalt 1**
Lehrverpflichtungsverordnung, Stand 1992

- Sachsen-Anhalt 2**
neu Nebentätigkeitsverordnung vom 02.03.1994
- Sachsen-Anhalt 3**
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zu "Personalentwicklung und Ausbauzielen im Hochschulbereich des Landes Sachsen-Anhalt" vom 06.10.1993
- Schleswig-Holstein 1**
Lehrverpflichtungsverordnung
- Schleswig-Holstein 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1990
- Schleswig-Holstein 3**
Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Beihilfen, Amtsblatt vom 12.07.1993
- Thüringen 1**
Lehrverpflichtung: Thüringer Kapazitätsverordnung, Stand 1993
- Thüringen 2**
Nebentätigkeitsverordnung, Stand 1991
Nebentätigkeit 1
Begriff und Genehmigungsverfahren am Beispiel Hessen, 06.05.1988
- Nebentätigkeit 2**
Splitting-Verbot
Altersversorgung 1
Merkblatt des Hochschullehrerbundes
- Altersversorgung 2**
Änderungen im Beamtenversorgungsrecht
- Besoldung 1**
Aspekte des Besoldungsdienstalters von Hochschullehrern

Ich bin Mitglied des Hochschullehrerbundes Landesverband

Ich bitte um Zusendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum, Unterschrift
Bitte deutlich schreiben, Absenderangabe wird als Versandadresse benutzt

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

bitte senden an:
Hochschullehrerbund e.V.
Rüngsdorfer Straße 4c
53173 Bonn
Telefon: 0228/35 22 71 • Telefax: 0228/35 45 12